

1 **Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken –**
2 **Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für Brandenburg.**

3
4 **Wahlprogramm zur Landtagswahl 2009**

5 **Antrag an die 3. Tagung des 1. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN**

6 **EinreicherInnen: Landesvorstand und Landtagsfraktion**

7
8
9
10 **Worum es geht in diesen Zeiten 3**

11 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und ökologisch**
12 **erneuern. 5**

13 Von Arbeit muss man leben können 5

14 Öffentlich geförderte Beschäftigung 5

15 Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung 6

16 Förderinstrumente anpassen 7

17 Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern 7

18 Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen 8

19 Zukunftsfaktor Tourismus 8

20 Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung 8

21 In der Region verankern, was Brandenburg kann 9

22 Forstwirtschaft 10

23 Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial 10

24 Energiewende forcieren 10

25 Ökologie durch Konversion plus Beschäftigungsförderung 12

26 Verantwortung für die Natur 12

27 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder. Bezahlbare**
28 **Lebensumstände für alle. 14**

29 Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle 14

30 Kinder vor Armut schützen! 15

31 Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen 15

32 Verbraucher schützen 16

33 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an 18**

34 Was wir haben – und was wir brauchen 18

35 Für ein Höchstmaß an individueller Förderung 18

36 Auf den Anfang kommt es an 19

37 Eine Schule für alle 19

38 Gutes Personal 20

39 Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend 20

40 Qualifizierte Berufsausbildung 21

41 Eine neue Hochschulpolitik 21

42	Soziales Studium – Soziale Hochschule	22
43	Qualität der Lehre	22
44	Demokratie in der Hochschule	22
45	Freiheit von Forschung und Lehre	23
46	Hochschulzugang.....	23
47	Weiterbildung.....	23
48	Kultur für alle gewährleisten.....	24
49	Kulturelle Bildung.....	24
50	Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen	25
51	Musikschulen.....	25
52	Theater und Bibliotheken.....	25
53	Mehr Mut zu Entscheidungen	26
54	Medien	26
55	4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat stärken, Toleranz	
56	leben.	27
57	Starke Kommunen	27
58	Zentrale Orte.....	27
59	Interkommunale Zusammenarbeit.....	28
60	Auskömmliche Kommunalfinanzierung.....	28
61	Wohnen ist Menschenrecht.....	29
62	Umweltgerechte Mobilität für alle sichern!.....	29
63	Verkehrspolitische Kurswechsel	30
64	Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen	31
65	Gesundheitsversorgung	31
66	Brandenburgs Jugend.....	31
67	Sport	32
68	Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger	32
69	Stärkung der Bürgerrechte	33
70	Öffentliche Sicherheit	34
71	Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen.	34
72	Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten.....	34
73	Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken	35
74	Brandenburg-Berlin – ein Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt	35
75	Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße	36
76	Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden	36
77	5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen.....	38
78	Es ist an der Zeit.....	40

79 ***Worum es geht in diesen Zeiten***

80 Es ist Zeit, vieles neu zu ordnen. Brandenburg, Deutschland und die Welt stecken in einer tiefen Krise.
81 Deren Folgen müssen begrenzt und die Bürgerinnen und Bürger vor ihnen geschützt werden.
82 Arbeitsplätze sind zu erhalten – für Stammebelegschaften wie für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.
83 Es gilt, Existenzen zu sichern, Ersparnes zu bewahren. Und: Es muss an die Wurzeln gehen. Die Welt
84 nach der Krise darf nicht dieselbe sein wie vorher.

85 In einem Wirtschaftssystem, in dem Geld und Gewinn der Maßstab aller Dinge sind, ist mehr nötig als
86 der Appell an allgemeine Werte und Verantwortungsbewusstsein, mehr als die moralische Verurteilung
87 von Gier und Egoismus, um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung
88 zu bringen. Notwendig sind gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben: Rendite und
89 Vernunft, kurzfristiger Gewinn und Nachhaltigkeit, Profit und Gemeininteresse, Gesellschaft und
90 Individuum, Staat und Markt, Umwelt und Wirtschaft, Ökologie und Lebensweise – all diese
91 Beziehungen müssen neu geordnet werden. Wer sich ökonomisch und finanziell der Verantwortung
92 entzieht, muss von der Gesellschaft zur Verantwortung gezogen werden können. Sinngemäß soll es
93 innerhalb der Unternehmen laufen. Aufsichtsräte müssen tatsächlich und mit Konsequenz Aufsicht
94 führen; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit bestimmen können. Die soziale Marktwirtschaft muss
95 wieder hergestellt und Schritt für Schritt zu einer demokratischen Marktwirtschaft weiter entwickelt
96 werden. Darum geht es in diesen Zeiten. Darum geht es der LINKEN.

97 Es ist gut, wenn die SPD Kraft zur Selbstkritik aufbringt – zur Selbstkritik daran, dass man sich der
98 Logik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus verschrieben hat. Es ist gut, wenn sich sogar der
99 brandenburgische Ministerpräsident angesichts dessen auf die Ideen eines demokratischen
100 Sozialismus besinnt. Doch was nutzt das, wenn der Koalitionspartner CDU sich dem in den Weg stellt?
101 Der Weg vom Bekenntnis zur politischen Tat ist spätestens dann blockiert. Bekenntnisse allein aber
102 reichen heute nicht aus. Wir, die LINKEN, wollen, dass jetzt politisch gehandelt wird – konkret, hier
103 und heute, im Interesse der Menschen.

104 Wir verstecken uns auch jetzt, in der weltweiten Krise, nicht hinter der Globalisierung. Brandenburg
105 selbst ist Teil der Welt, die diese Krise hervor gebracht hat. Beginnen wir also hier und von hier aus,
106 unsere Welt in Ordnung zu bringen.

107 Denn auch in Brandenburg ist es Zeit, vieles neu zu ordnen. Als die Krise ausbrach, war unser Land
108 noch lange nicht auf einem Weg gesunden Wachstums und stabilen Wohlstands für alle. Sicher: Die
109 schlimmen Turbulenzen nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Wüten der Treuhandanstalt
110 waren vorbei. Viele von uns haben einiges erreicht. Sie haben für sich und das Land etwas aufgebaut –
111 und so auch ernsthaft etwas zu verlieren. Doch die Gefahr begann schon vor der Krise. Galoppierende
112 Preise und nicht mit haltende bescheidene Einkommen, immer mehr schlechte Bezahlung und
113 schlechte Arbeitsverhältnisse – das alles untergrub das, was in Brandenburg erreicht worden war. Für
114 viele andere hatte zudem die persönliche Katastrophe schon viel eher begonnen und dauert immer
115 noch an: durch Langzeitarbeitslosigkeit – teils schon über Generationen – und Armut unter dem Druck
116 von Hartz IV. Wieder andere – und es werden immer mehr – arbeiten von früh bis spät und erhalten
117 dafür doch so wenig, dass sie eine Aufstockung aus dem Hartz-IV-Topf benötigen, um wenigstens
118 dieses Mindestniveau zu erreichen.

119 Schließlich die Kinder und Jugendlichen. In Brandenburg gilt: Je jünger, desto höher das Armutsrisiko.
120 Was für ein Skandal! Materielle Armut geht einher mit schlechteren Bildungschancen und höheren
121 Gesundheitsrisiken. Unser Schulsystem ist nicht geeignet, alle jungen Menschen gut auf Leben und
122 Beruf vorzubereiten. Die Hochschulen sind überlastet, die Qualität der Lehre steht in der Kritik.
123 Berufseinsteiger finden schwer Arbeit.

124 Brandenburg ist zudem ein Land mit großen Verwerfungen. Bei Verdienst und Einkommensniveau der
125 privaten Haushalte gibt es gewaltige regionale Unterschiede. Große Teile des Landes leiden weiter
126 unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik.
127 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.

128 Die Landesregierung hat sich bemüht, bestimmte Fehler der Vergangenheit – wie die
129 Geldverschwendung für illusionäre Großprojekte – zu vermeiden. Aber sie hat neue Fehler gemacht.

130 Sie hat dem Abbau des traditionellen Sozialstaates zugestimmt – außer der Idee eines neuen,
131 „vorsorgenden“ Sozialstaates aber nichts an dessen Stelle gesetzt, was Armut durchgreifend
132 verhindert und Aufstiegsmöglichkeiten für alle gesichert hätte. Sie hat auf die Stärken des Landes
133 gesetzt, ohne damit seinen Schwächen einen helfenden Impuls geben zu können. Sie hat auf
134 Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt – aber keine neue Kraft schaffen können.

135 Viele im Land hegten einerseits die Hoffnung, Brandenburg sei nun auf dem richtigen Weg. Doch
136 andererseits sieht eine Mehrheit im Land: die Verhältnisse sind nicht gerechter geworden, die
137 Lebensverhältnisse haben sich nicht nachhaltig zum Positiven gewendet.

138 Was ist jetzt zu tun?

139 Wir wollen das, was im Guten den Lebensstandard in Brandenburg ausmacht, verteidigen, erhalten
140 und ausbauen. Wir wollen, dass diejenigen, die davon bislang nicht profitieren konnten, künftig daran
141 teilhaben. Wir wollen, dass das dann Erreichte krisenfest ist.

142 Stabilisierung und Wandel, soziale Sicherung und ökologischer wie ökonomischer Fortschritt, eine
143 gestärkte Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat, Krisenbewältigung und Arbeit an der
144 Zukunft müssen gewährleistet werden und Hand in Hand gehen.

145 Im Zentrum unserer politischen Bemühungen stehen:

146 ⇒ Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann,

147 ⇒ soziale Sicherung, Bekämpfung von Armut, bezahlbare Lebensumstände und bessere
148 Lebensbedingungen für Kinder

149 ⇒ gute Bildung und Kultur für alle sowie der

150 ⇒ Anspruch eines jeden darauf, in einem funktionierenden verlässlichen Gemeinwesen leben zu
151 können.

152 Wandel auf breiter Front tut not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken, auch nicht
153 finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess politischer,
154 gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen in Gang zu setzen – und an den
155 richtigen Stellen zu beginnen. Deswegen machen wir in unserem Wahlprogramm 2009 politische
156 Schlüsselvorhaben deutlich, mit denen wir den Wandel einleiten wollen. Es sind Vorhaben, mit denen
157 wir auf zentrale Erwartungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger reagieren. Es sind
158 Vorhaben, die sich aus der bisherigen Landesentwicklung als nächster logischer Schritt ergeben,
159 wenn man das Positive in Brandenburg wahren, ausbauen und für alle wirksam machen will. Es sind
160 Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Es
161 sind Vorhaben, die für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg
162 gehören – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches,
163 zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

164

165

166 **1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft. Brandenburg sozial und**
167 **ökologisch erneuern.**

168

169 **Von Arbeit muss man leben können**

170 Durch die Krise sind auch in Brandenburg tausende Arbeitsplätze bedroht. Viele Unternehmen haben
171 bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt. Es ist richtig, dass die Bezugsdauer für
172 Kurzarbeitergeld verlängert wurde. In Verbindung mit Weiterbildung und Qualifizierung kann dies
173 zukünftige Beschäftigungsperspektiven verbessern. Arbeitsmarktpolitik und Sicherung von
174 Wirtschaftsstandorten sind aufs engste verzahnt, soziale Verantwortung erweist sich als
175 „Standortfaktor“ von existenzieller Bedeutung. So kann es aussehen, wenn soziale Verantwortung und
176 wirtschaftliche Vernunft zusammen finden. Die Landesregierung hat demgegenüber bislang auf eine
177 Niedriglohnstrategie gesetzt; der CDU-Wirtschaftsminister hat offensiv für Brandenburg als
178 Billiglohnland geworben. Diese Politik hat sich nicht ausgezahlt. Brandenburgs Wirtschaft ist auf dieser
179 Grundlage nicht stabiler geworden. Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmerinnen und
180 Arbeitnehmer, aber auch Schulabgängerinnen und Schulabgänger wandern ab, weil sich ihnen in
181 anderen Bundesländern bessere Einkommens- und damit Lebensperspektiven bieten. Das Wort vom
182 Fachkräftemangel macht auch angesichts dessen schon lange die Runde – und das Problem wird sich
183 noch verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird.

184 Deswegen muss sich etwas ändern: Von guter Arbeit muss man vernünftig leben können. Deswegen
185 fordern wir ein Bundesgesetz, das flächendeckend und generell einen Existenz sichernden
186 Mindestlohn durchsetzt. Mit dem Flickwerk der Großen Koalition im Bund muss Schluss sein! Was
187 existenznotwendig für Menschen ist, hängt nicht davon ab, in welcher Branche sie beschäftigt sind, ob
188 sie zur Stammbesellschaft oder zu Zeitarbeitsfirmen gehören. Und auch nicht von ihrer Nationalität.
189 Wir sind für eine europaweite Arbeitnehmerfreizügigkeit – sie dient nicht nur dem wirtschaftlichen,
190 sondern auch dem kulturellen Austausch. Sie ist für uns nicht in erster Linie Teil der
191 unternehmerischen, sondern vor allem der individuellen Freiheit der Menschen. Doch so wird sie sich
192 nur auf der Grundlage europäischer sozialer Standards entfalten – andernfalls führt sie zur
193 Ausbreitung von Dumpinglöhnen und prekärer Beschäftigung. Wenn wir für solche europäischen
194 Standards kämpfen, dann gehört der Mindestlohn in Deutschland dazu. In fast allen anderen EU-
195 Ländern ist er bereits Realität. Wir werden deswegen keiner Landesregierung beitreten, die sich nicht
196 zum Kampf für einen Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn verpflichtet.

197 Im Land selbst arbeiten wir für ein Landesvergabegesetz, damit der Zuschlag bei öffentlichen
199 Aufträgen an tarifliche und soziale Mindeststandards gebunden
201 wird. Wer öffentliche Aufträge ausführt, muss seinen
203 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch Tariflöhne zahlen –
205 mindestens jedoch auf dem Niveau des gesetzlichen
207 Mindestlohns.

Schlüsselvorbaben 1:

**Landesvergabegesetz – tarifliche
und soziale Mindeststandards bei
öffentlichen Aufträgen**

209 Öffentliche Förderung für Unternehmen sollte nicht nur an die
210 Zahl von Arbeitsplätzen, sondern auch an die Qualität von Arbeit gebunden werden – also auch hier an
211 eine faire Bezahlung und an Fragen wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt
212 wird oder ob das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt ist, einen Betriebsrat zu
213 wählen. Mit öffentlichen Geldern für die Wirtschaft darf kein Lohndumping gefördert werden. Dies
214 zieht nur weiteren Finanzbedarf nach sich, um die negativen sozialen Folgen auszugleichen. Auch das
215 ist gemeint, wenn soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammen gebracht werden
216 sollen.

217

218 **Öffentlich geförderte Beschäftigung**

219 Unser Ziel ist es, dass alle durch Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, sich durch Arbeit selbst
220 verwirklichen und durch Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Vergegenwärtigen wir

221 uns allerdings die ernstesten, langwierigen Probleme in unserem Land – etwa die verfestigte
222 Langzeitarbeitslosigkeit oder die seit langem hohe Zahl älterer Arbeitsloser über 50 Jahre –, dann wird
223 deutlich, dass Vollbeschäftigung in Brandenburg auf herkömmliche Weise in absehbarer Zeit nicht zu
224 erreichen ist.

225 Aber: Wir können dennoch vielen Erwerbslosen, insbesondere den Langzeitarbeitslosen, eine
226 berufliche Perspektive schaffen – und zwar in öffentlich geförderter Beschäftigung. Wir setzen nicht
228 auf perspektivlose Ein-Euro-Jobs oder Billig-Bürgerarbeit. Ein
230 solcher öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS)
232 organisiert sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit, die
234 weder von privaten Unternehmen noch von der öffentlichen
236 Verwaltung bereitgestellt wird. Damit ist der ÖBS zwischen Markt
238 und Staat angesiedelt und soll Arbeitslosen neue berufliche
240 Perspektiven und sozialversicherungspflichtige sowie Existenz
241 sichernde Arbeitsverhältnisse eröffnen. Gleichzeitig wird darüber sinnvolle Arbeit verrichtet, die
242 Ausgrenzung verhindert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Finanziert werden sollen die
243 Beschäftigungsverhältnisse mit den Mitteln, die derzeit für Arbeitslosigkeit verwandt werden, also das
244 Arbeitslosengeld II, die Wohnungskosten, die Sozialversicherungsbeiträge und die
245 Aufwandsentschädigung bei einem Ein-Euro-Job. Diese Summe wollen wir mit Landesmitteln sowie
246 Geldern aus dem europäischen Sozialfonds aufstocken, damit die Beschäftigten im ÖBS mindestens
247 1400 Euro brutto im Monat erhalten. Solange der Bund nicht bereit ist, diese Form der Finanzierung
248 zuzulassen, nutzen wir die verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente und schaffen damit bis zu
249 15000 Stellen.

Schlüsselvorhaben 2:
**15.000 ordentliche Arbeitsplätze
im öffentlich geförderten
Beschäftigungssektor**

250 Die Betreuung Arbeitsloser in zwei Rechtskreisen (SGB II und SGB III) ist unbefriedigend. Durch eine
251 Zusammenführung muss gewährleistet werden, dass Arbeitsuchende gleichberechtigt betreut und
252 gefördert werden. Die Regionalisierung von Arbeitspolitik muss dieses Ziel unterstützen und zur
253 Erzeugung zusätzlicher Beschäftigungseffekte beitragen.

254

255 **Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung**

256 Dass Profittreiberei und blanke Marktlogik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so dominierten
257 – genau das hat in die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise geführt. Massenarbeitslosigkeit,
258 Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung heute führen schließlich auch zur finanziellen Schwächung
259 der sozialen Sicherungssysteme und bis zum Verlust von Rentenansprüchen; das Risiko von
260 Altersarmut wächst dramatisch.

261 Jetzt steht ein Kurswechsel auf der Tagesordnung – ein Kurswechsel zu solidem Wirtschaften, zu guter
262 Arbeit und zu guter Rente. Darauf müssen Staat und Gesellschaft hinwirken.

263 Linke Wirtschaftspolitik verfolgt daher einen komplexen, gestalterischen Ansatz. Sie ist mehr als
264 Förderpolitik und umfasst Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Einfluss auf
265 Preisbildung, Regulierung von Netzzugängen und nicht zuletzt auch die Stärkung tariflicher, sozial- und
266 arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen
267 sowie Gewährleistung demokratischer Teilhabe, z. B. durch Ausweitung der kollektiven
268 Mitbestimmung in Unternehmen. Schließlich muss Wirtschaftspolitik mit der Regionalentwicklung
269 verzahnt werden und die Lage unseres Landes an der deutsch-polnischen Grenze berücksichtigen.

270 Zentrale Elemente sind die Erhaltung und Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen und der
271 Umbau der Wirtschaftsförderung unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten, damit sich die Wirtschaft
272 nachhaltig und selbsttragend entwickeln kann.

273

274 Wir konzentrieren uns sowohl darauf, die Substanz der klein- und mittelständisch geprägten
275 Unternehmensstruktur des Landes zu bewahren und die industriellen Kerne zu stärken, als auch
276 darauf, neue Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen zu erschließen. Brandenburgs Chance liegt vor
277 allem bei neuen Industrien und Dienstleistungen, bei Wissenschaft und Innovation, wie z.B. die

278 Biotechnologie, die erneuerbaren Energien, die Umwelttechnologie. Vor dem Hintergrund des
279 tatsächlichen Leistungsspektrums der Region Brandenburg-Berlin sind international herausragende
280 Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Medien und die Gesundheitswirtschaft besonders zu unterstützen.
281 Das wird nur gelingen, wenn Brandenburg institutionell und politisch mit Berlin zusammenwirkt und
282 sich eng mit der Metropole im Herzen des Landes abstimmt, um die gemeinsamen Potenziale heben
283 zu können. Für die regionale Entwicklung und Wertschöpfung sind in den ländlichen Regionen die
284 Agrar-, Holz- und Tourismuswirtschaft von großer Bedeutung.

285

286 **Förderinstrumente anpassen**

287 Wir stehen für einen Umbau der Förderlogik und Förderstruktur im Land Brandenburg.

288 Wir gehen von einer Grundförderung in allen Regionen des Landes Brandenburg aus. Dabei allerdings
289 sollen neben herkömmlichen Subventionen mehr und mehr Darlehen und Zinsvergünstigungen eine
290 wichtige Rolle spielen.

291 Klassische Zuschüsse wird es auch weiterhin geben – für die gezielte Förderung von innovativen
292 Branchen und tragfähigen Netzwerken, für die Förderung und Stärkung von regionalen
293 Wertschöpfungsketten, grenzüberschreitenden Kooperationen sowie für Forschung und Entwicklung in
294 klein- und mittelständischen Unternehmen sowie für den Transfer Wissenschaft–Wirtschaft.

295 Nach wie vor ist das Hauptproblem der brandenburgischen Unternehmen die Eigenkapitalschwäche.
296 Das Bürgschaftssystem soll deshalb zur Stärkung der Eigenkapitalsituation ausgebaut werden.

297 Der Umbau der Förderlogik, den wir planen, könnte durch eine andere Kombination der
298 Fördermöglichkeiten, durch die Neuordnung der Verantwortlichkeiten sowie durch eine bessere
299 Nutzung der bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen 100 Mio Euro Finanzmasse
300 inhaltlich ersetzen. Der Schwerpunkt Zuschussfinanzierung in der Wirtschaftsförderung ist verstärkt
301 mit der Darlehensfinanzierung zu ergänzen. Wir streben bis 2012 Darlehensfonds in einer Höhe von
302 250 Mio Euro an.

303 Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU-Strukturfonds ist zur Überprüfung der Ziele der
304 operationellen Programme der EU zu nutzen. Die Programme sind dann in Abstimmung mit den EU-
305 Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der
306 Landesregierung und ihre jeweiligen Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres
307 Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben zu erreichen, die dann auch nachhaltige
308 Effekte bewirken.

309

311 **Die Kleinen stark machen, den Neuen den Start erleichtern**

315 95,6 Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in
317 Brandenburg sind Kleinstunternehmen mit weniger als zehn
319 Beschäftigten und einem Jahresumsatz unter 2 Mio. Euro. Sie sind
321 klein, haben aber große Bedeutung für Wirtschaft und
323 Arbeitsplätze, leisten einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige
324 Entwicklung und sind regional verankert. Sie verdienen besondere Unterstützung – und für diese
325 Unterstützung braucht es besondere Instrumente. Oftmals sind es nur kleine Beträge, die fehlen, und
326 herkömmliche Finanzierungswege über die Hausbank fallen aufgrund der schwachen
327 Eigenkapitalausstattung aus. Deshalb wollen wir für klein- und mittelständische Unternehmen, für
328 Handwerk und freie Berufe ein Mikrofinanzierungsprogramm auflegen.

329 Zur Förderung von Innovationen und der Kreativwirtschaft wollen wir einen Start-up-Fonds auflegen.
330 Mit Hilfe eines solchen revolving Fonds sollen Unternehmen bzw. ihre Ideen finanziell gefördert
331 werden, die nicht auf bankenübliche Finanzierungsinstrument bauen können. Der Fonds wird
332 Unternehmen sowohl in der Vorgründung, während der Gründung, als auch bei Erweiterungen zu Gute
333 kommen.

**Schlüsselvorhaben 3:
Mikrokredite für
Kleinunternehmen, Handwerk
und Freie Berufe &
Start-Up-Fonds**

334

335 **Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen**

336 Die SPD-CDU-Regierung hat in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet und
337 dabei Schwerpunkte nach Wirtschaftsbereich und Region gesetzt – es kam zu 17
338 Branchenkompetenzfeldern und 15 Regionalen Wachstumskernen. Wir sagen: Brandenburg braucht
339 eine Schwerpunktsetzung bei der Förderung von Zukunftsbranchen, die überregional bzw.
340 international von Bedeutung sind. Und die müssen unabhängig von der räumlichen und regionalen
341 Verortung nach ihrem Innovationspotenzial und ihren Entwicklungschancen bestimmt und gezielt
342 gefördert werden. Entwicklung muss dort unterstützt werden, wo sie sich vollzieht.

343 Deswegen wollen wir eine kritische Prüfung des Systems der Regionalen Wachstumskerne und
344 Branchenkompetenzfelder, das die Landesregierung in den letzten Jahren eingeführt hat, sowie eine
345 generelle ressortübergreifende Bestandsaufnahme der Förderpolitik bzw. der Förderprogramme
346 einschließlich der Landesentwicklungsplanung. Mit Blick auf die Regionalen Wachstumskerne wollen
347 wir klären, ob alle Städte oder Städteverbünde, die die Kriterien für einen regionalen Wachstumskern
348 erfüllen, tatsächlich in das regionale Wachstumskonzept aufgenommen worden sind. Zudem geht es
349 um die Kriterien selbst. Geeignet sind aus unserer Sicht Messlatten wie Beschäftigungswirksamkeit,
350 infrastrukturelle Vernetzung, Umlandfunktion, Stärkung der Wirtschaftssubstanz, Profilierung der
351 Branchenschwerpunkte u. ä. Auf diesem Wege entsteht ein integrativer Förderansatz, mit dem es
352 gelingt, dass keine Region abgehängt wird.

353 Wir wollen darüber hinaus eine allgemeine Grundförderung in allen Regionen Brandenburgs sichern.
354 Sie stützt sich auf drei Säulen:

- 355 - die Stabilisierung und Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen unabhängig von
356 ihren Standorten
- 357 - die stärkere Vernetzung von Fördermöglichkeiten der europäischen Fonds EFRE, ESF und
358 ELER
- 359 - die Kommunalfinanzierung.

360

361 **Zukunftsfaktor Tourismus**

362 Ein weiteres Standbein der Brandenburger Wirtschaft ist der Tourismus. Dieser trägt nicht unerheblich
363 für die Wertschöpfung im Land bei und schafft bzw. sichert zahlreiche Arbeitsplätze auch im
364 ländlichen Raum. Die Potenziale sind aber noch längst nicht ausgeschöpft. Sowohl die geografische
365 Lage im Zentrum Europas als auch die natürlichen Gegebenheiten Brandenburgs bieten gute
366 Voraussetzungen, um in enger Abstimmung mit Berlin den Tourismus als Wirtschaftsfaktor weiter
367 auszubauen. Wir stehen für eine verlässliche Finanzierung des Landestourismusverbandes, der
368 Tourismus Marketing Brandenburg GmbH und der Tourismusakademie Brandenburg und eine noch
369 stärkere Vernetzung der Akteure im Tourismus. Die Initiativen zur Verbesserung von Dienstleistungen,
370 Service und Qualität sind fortzuführen und weiter zu entwickeln. Bei der Fortschreibung der
371 Landestourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale Anforderungen stärker
372 berücksichtigt werden. So ist die Barrierefreiheit von touristischen Angeboten bei weitem noch keine
373 Selbstverständlichkeit. Wir wollen den sanften Tourismus pflegen und fördern, der sowohl dem
374 Bedürfnis nach Erholung und Bildung wie auch den Erfordernissen von Natur und Umwelt gerecht
375 wird. Dazu gehört auch ein „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus“.

376

377 **Landwirtschaft als Motor regionaler Entwicklung**

378 Wir planen eine wirkliche Agrarwirtschaftsinitiative. Sie zielt darauf, Brandenburgs moderne Agrar- und
379 Forstwirtschaft als Motor der regionalen Entwicklung sowie als Anker für Existenz sichernde
380 Einkommen und für ein selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten zu stabilisieren

381 und zu entwickeln. Und wir wollen ihre Perspektive im Zusammenhang mit dem Aufbau einer
382 regenerativen Energie und Rohstoffwirtschaft in den ländlichen Raum stärken.

383 Dazu sind stabile Agrarstrukturen notwendig. Es bedarf einer Bodenpolitik, die die Brandenburger
384 Landnutzer stärkt, und einer Grundförderung für ländliches Gewerbe in allen Regionen. Der Boden als
385 Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum Spekulationsobjekt von
386 Finanzjongleuren werden. Den EU-Beschlüssen zur Benachteiligung der ostdeutschen Agrarstrukturen
387 werden wir wirksame Förderinstrumente entgegensetzen und nicht zulassen, dass auch die
388 Bundespolitik ostdeutsche Agrarstrukturen benachteiligt, wie bereits bei der Besteuerung des
389 Agrardiesel geschehen. Der Verbleib der finanziellen Mittel in unseren ländlichen Regionen muss
390 unbedingt gesichert werden. Positiv ist die Unterstützung der EU für eine öffentlich geförderte
391 Mehrgefahrenversicherung vor Witterungsereignissen und anderen Schäden.

392 Wir wollen Agrarpolitik so gestalten, dass sie wieder stärker als Strukturpolitik wirkt und regionale
393 Wirtschaftskreisläufe stärkt, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung hier im Land Brandenburg
394 erfolgt. Die Stellung der Landwirte am Markt muss deutlich gestärkt und die Marktmacht der
395 Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire Preise besonders in der
396 Milchproduktion zu sichern. Vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von
397 Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften sind ein wirksames Mittel, die Interessen der
398 Bäuerinnen und Bauern zu bündeln und zu schützen, aber gleichzeitig auch den Erfordernissen
399 modernen Wirtschaftens zu entsprechen.

400

401 **In der Region verankern, was Brandenburg kann**

402 Dabei gilt es, aus einer widersprüchlichen Entwicklung heraus Potenziale zu nutzen und Blockaden zu
403 überwinden:

404 Einerseits gibt es in Brandenburg moderne Agrarbetriebe, die unsere Landwirtschaft zu einer der
405 produktivsten in Europa machen und die fest in den internationalen Netzwerken der
406 Nahrungsmittelproduktion eingebunden sind. Andererseits haben sie kaum Verbindung zu den lokalen
407 und regionalen Marktstrukturen. Milchpulver wird nach China exportiert; aber frische Milch schafft es
408 nur schwer in die Regale der großen Discounter in der Region, seien sie in Berlin oder Brandenburg.

409 Einerseits ist Brandenburg im ökologischen Landbau Spitzenreiter; im Metropolenraum von Berlin
410 konnte er sich mittlerweile einen stabilen Absatzmarkt erobern. Andererseits gibt es im
411 konventionellen Bereich von Landwirtschaftsprodukten zu wenig Verbindungen zwischen Metropole
412 und Umland. Da teilweise die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten nicht befriedigt werden
413 kann, setzen wir uns für eine Erweiterungsförderung des ökologischen Landbaus ein. Die
414 brandenburgische Ernährungswirtschaft ist im überregionalen Durchschnitt deutlich zurückgefallen;
415 im Vergleich der ostdeutschen Länder steht sie an letzter Stelle.

416 Das Schlüsselprojekt „Aktionsbündnis für Brandenburger Qualitätsprodukte“ hat zum Ziel, den
417 Metropolenraum für alle landwirtschaftlichen Produkte
418 Brandenburgs zu erschließen. Wir wollen deswegen dieses
419 Aktionsbündnis hervorheben, das dazu beiträgt, die lokale
420 Produktion von Nahrungsmitteln zu stärken, die regionalen
421 Wertschöpfungsketten auszubauen und den Berliner Markt für
422 Agrarprodukte aus Brandenburg mittelfristig bei ansässigen
423 Discounterketten zu erschließen. Dafür sehen wir einen Förderfonds
424 vor, für den auch EU-Programme genutzt werden. Diesem
425 Aktionsbündnis gehören wirtschaftliche und politische Akteure sowohl aus Brandenburg als auch aus
426 Berlin an, so wie bereits bei der Initiative „Mark und Metropole“, In einem Politikbereich, der für
427 Brandenburgs Entwicklung sehr bedeutsam ist, würde somit auch eine echte Kooperation mit Berlin
428 erfolgen – im langfristigen Interesse beider Länder.

437

**Schlüsselvorhaben 4:
Aktionsbündnis zur Vermarktung
von Qualitätsprodukten der
brandenburgischen
Landwirtschaft**

438 **Forstwirtschaft**

439 Wir lehnen die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab und fordern stattdessen eine
440 Erschließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald und die Unveräußerlichkeit des
441 Landeswaldes. Wir werden ein umfassendes Projekt auf den Weg bringen, das den Forst- und
442 Holzsektor allseitig entwickelt. Es geht um die Nutzung der natürlichen Potenziale, den Aufbau einer
443 Forstverwaltung, die sich hinsichtlich Struktur und Umfang an den zu erfüllenden Aufgaben und
444 Perspektiven misst, statt an einseitigen Einsparvorgaben, denen immer weitere Stellenkürzungen
445 folgen. Im Landeswald sollen Gemeinwohlleistungen wie Waldumbau, Waldpädagogik und Naturschutz
446 in besonderem Maß erbracht und eine zuschussfreie Holzbewirtschaftung erreicht werden. Dazu
447 bedarf es einer leistungsstarken modernen Landesforstverwaltung.

448 Gleichermaßen sind Gartenbau, Fischerei und die Jagd als Bestandteile der Agrarpolitik so zu fördern,
449 dass durch eine nachhaltige und umweltgerechte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen ein
450 aktiver Beitrag für Arbeit und Leben im ländlichen Raum geleistet wird.

451

452 **Die Zukunft anpacken: Brandenburg – ökologisch und sozial**

453 Große Krisen sind immer auch der Auftakt zu neuen Entwicklungsetappen. Der jetzt gescheiterte
454 Finanzmarkt-Kapitalismus ist nicht zu reparieren, die alte Industriestruktur nicht ewig durch
455 Abwrackprämien für alte Autos aufrecht zu erhalten. Nach der Krise muss es nicht nur andere Autos,
456 sondern muss es ein neues Wirtschaften geben, muss ein neuer, ein ökologischer und sozialer
457 Entwicklungspfad beschritten werden.

458 Wir wollen eine Landesregierung, die sich der Herausforderung von nachhaltiger Entwicklung stellt
459 und endlich - wie in anderen Bundesländern auch - eine Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg
460 konzipiert und konsequent umsetzt. Dazu bedarf es zum einen der Weiterführung, Stärkung und
461 Aufwertung des "Beirates für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz". Zum anderen ist es
462 erforderlich, die Erarbeitung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu
463 begleiten (z. B. über einen parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung) und Akteure aus der
464 Zivilgesellschaft an diesem Prozess zu beteiligen.

465

466 **Energiewende forcieren**

467 Vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels und wissenschaftlicher Erkenntnisse über den
468 unmittelbaren Zusammenhang zwischen weiter steigenden Treibhausgasemissionen und
469 zunehmender globaler Erwärmung geht es für Brandenburg vor allem um mehr Konsequenz bei der
470 notwendigen Energiewende.

471 In Brandenburg gibt es einen Energiemix aus der traditionellen Braunkohleverstromung einerseits und
472 erneuerbaren Energien wie z. B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und Geothermie andererseits.
473 Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren deutlich
474 stärker geworden ist, während die Stromgewinnung aus Braunkohle - vor allem für den Export - ihre
475 Bedeutung behielt.

476 Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren Energien
477 vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und Einsparpotenziale
478 sichern sie die künftige Stromversorgung, schützen das Klima und schaffen zudem neue
479 zukunftssichere Arbeitsplätze. So können ländliche Räume neben der Nahrungsgüterproduktion auch
480 mittels Erneuerbarer Energien neue Zukunftsperspektiven erhalten- der Anbau nachwachsender
481 Rohstoffe verbessert die Ertragslage der Land- und Forstwirtschaft.

482 Jedoch ist die Produktion von Biomasse begrenzt durch die zur Verfügung stehende Bodenfläche und
483 die Flächenerträge und ist deshalb behutsam voranzutreiben. Die stoffliche und energetische Nutzung
484 von Biomasse muss Nachhaltigkeits-Kriterien gerecht werden. Der Ausbau von Windkraft- und
485 Biomasseanlagen darf nicht mit nachteiligen Folgen für die Lebensqualität der Menschen und die

486 Umwelt verbunden sein. Stärker als bisher sind Solar- und Geothermie zu fördern und insbesondere
487 bei Gebäuden auf Energieeinsparung, Solaranlagen und Wärmepumpen zu orientieren.

488 Für diesen Vorrang der Erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender landesrechtlicher
489 Regelungen. Zudem sind Erneuerbare Energien aber nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm,
491 sondern garantieren durch ihre vorwiegend dezentrale Nutzung gleichfalls
493 Bürgernähe, regionale Wertschöpfung und fordern kommunale Initiativen
495 heraus.

497 Perspektivisch ist es möglich, die Stromerzeugung im Energieland
499 Brandenburg zu 100 % auf Erneuerbare Energien umstellen. Daran wollen
501 wir arbeiten.

502 Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu vollziehen,
503 was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere Braunkohle-
504 Vorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres Landes - darunter das
505 durch den Raubbau der vergangenen 150 Jahre auf nur noch wenige Ortschaften begrenzte
506 angestammte Siedlungsgebiet der Sorben (Wenden). Ihr Abbau schädigt den Grundwasserhaushalt für
507 Jahrhunderte, ihre Verbrennung ist energetisch wenig effektiv und beschleunigt den Klimawandel
508 durch den Ausstoß von Millionen Tonnen Kohlendioxid. Selbst die geplante CO₂-Abscheidung und -
509 Speicherung (CCS-Technologie) bietet u. E. keinen strategischen Ausweg, sondern ist mit hohen
510 Kosten verbunden, verschlingt selbst viel Energie. Nach wie vor gibt es ernsthafte ungeklärte Fragen
511 zum Transport und zur Endlagerung der Gase. Dazu kommt, dass die Landesregierung für ihren
512 Ansatz, die weitere Braunkohleverstromung nur dann zu ermöglichen, wenn die Kohlendioxid-
513 Abscheidung funktioniert, bislang keine rechtliche Verbindlichkeit hergestellt hat. Zudem wäre diese
514 Art von Stromgewinnung mit weiteren Umsiedlungen von Menschen in der Lausitz verbunden.

515 Aus all diesen Gründen treten wir weiter für einen mittelfristigen Ausstieg aus der
516 Braunkohleverstromung bis spätestens 2050 ein.

517 Für eine begrenzte Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung den
518 Grundlaststrom auf wesentlich umweltfreundlichere Art als Braunkohle-Kraftwerke bereitstellen.

519 Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die
520 grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen.

521 Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit Brandenburger
522 Klimaschutzziele und der Bewahrung lebendiger Landschaften verbindet, die nachhaltige
523 Innovationen fördert und den erforderlichen Strukturwandel, vor allem in der Bergbau-Region Lausitz,
524 mit sozialer Verantwortung gestaltet.

525 Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten. Der Weg
526 dorthin führt über den von uns vorgeschlagenen Brandenburgischen Energiedialog.

**Schlüsselvorhaben 5:
Vorrang für Erneuerbare
Energien**

527 **Ökologie durch Konversion plus Beschäftigungsförderung**

528 Wir haben es in Brandenburg bereits erlebt: Ökologisches Handeln kann Ausgangspunkt für eine
529 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. So entstanden durch die Renaturierung der ausgekohlten
530 Lausitzer Braunkohlereviere nicht nur neue Kulturlandschaften sondern auch Räume mit hoher
531 touristischen Attraktivität. Einer besonderen Bedeutung kam diesbezüglich der Lausitzer und
532 Mitteldeutschen Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) zu. Unser Anliegen ist es, die
533 LMBV als öffentliches Unternehmen zu erhalten. Die LMBV verfügt über einzigartige Kompetenzen im
534 Bereich der Sanierung und Renaturierung von devastierten Flächen und Arealen. Diese Kompetenzen
535 gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln.

536 Brandenburg bringt hier Erfahrungen ein, die einzigartig sind. Es gibt in Deutschland außer der LMBV
537 kein weiteres Beispiel dafür, wie sich aus einer Beschäftigungsförderergesellschaft ein industrieller Kern
538 entwickelt hat.

539 Auch die Konversion hat sich in Brandenburg zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt. Über
540 Jahrhunderte war das Territorium unseres Landes Schauplatz deutscher und europäischer Kriege und
541 ein riesiger Militärstandort. Die Folgen spüren wir noch immer – bis in den Alltag vieler Regionen
542 hinein. Mittlerweile wurde ein Großteil der ehemals militärischen Liegenschaften von rund 100.000
543 Hektar in zivile Projekte umgewandelt. Knapp 2 Mrd. Euro wurden im Rahmen von Förderprogrammen
544 des Bundes, des Landes und der Europäischen Union in hiesige Konversionsprojekte investiert.

545 Trotz der bisher erreichten Ergebnisse bleibt Konversion weiterhin eine landespolitische Aufgabe. Im
546 Land gehen von munitionsbelasteten und mit Kraft- und Schmierstoffen verseuchten Altflächen und
547 Liegenschaften, wie der Lieberoser Heide, noch immer Bedrohungen für Menschen und Umwelt aus.
548 Städtische Brachflächen prägen nach wie vor das Bild vieler Kommunen. Noch immer befinden sich
549 ca. 15.000 ha, das sind rund 180 Objekte, im Bestand des Liegenschaftsvermögens. Konversion ist
550 ein konkreter Beitrag in der regionalen Strukturpolitik. Vorhandene Bausubstanz und Infrastruktur
551 werden als Ressource mobilisiert und von militärischer Nutzung befreiter Naturraum kann
552 umweltgerecht behandelt werden. Das erschließt neue wirtschaftliche Felder.

554 In Brandenburg besteht also weiterhin ein Bedarf an Konversion. Wir
555 wollen deshalb die Renaturierung der restlichen Militärbrachen in Angriff
556 nehmen. Hierfür können wir Mittel aus dem Operationellen Programm des
557 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der EU-Förderperiode
558 2007-2013 einsetzen. Es handelt sich dabei um zirka 21 Mio. €. Dafür
559 muss das Land die Kofinanzierung gewährleisten, was auch mit Mitteln
560 aus Verkauf und Vermietung des Liegenschaftsvermögens gesichert
561 werden könnte.

**Schlüsselvorbaben 6:
Renaturierung der
verbliebenen
Militärbrachen**

568 Konversion im Land Brandenburg bedeutet aber auch, endlich Klarheit über die Verwertung solcher
569 Konversionsflächen zu schaffen, bei denen – wie z. B. in Sperenberg – der Bund Verantwortung trägt.
570 Konversion im Land Brandenburg bedeutet auch die Integration der innerstädtischen
571 Konversionsliegenschaften in die städtebaulichen Konzepte und die Stärkung der brandenburgischen
572 Konversionswirtschaft.

573 Die konsequente Fortsetzung der Konversion im Land Brandenburg schließt für uns ein klares Nein zu
574 einer militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Die Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide liegt
575 in ihrer touristischen Nutzung – zum Wohl der Menschen in der Region und zur Schaffung nachhaltiger
576 Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten.

577

578 **Verantwortung für die Natur**

579 Prognosen zum Klimawandel zeigen, dass es in Brandenburg auch künftig gerade während der
580 Vegetationsperiode weniger regnen wird. Wir müssen also die Art und Weise ändern, wie wir mit
581 Wasser umgehen – wir brauchen neue Zielsetzungen für die Bewirtschaftung des
582 Landschaftswasserhaushaltes. Das Wasser darf nicht mehr nur einfach schnell abfließen, sondern soll

583 lange in der Landschaft verweilen. Wir unterstützen die Ziele der Europäischen
584 Wasserrahmenrichtlinie, Brandenburgs Gewässer in einen ökologischen und mengenmäßig guten
585 Zustand zu bringen. Gleichzeitig sind die Kosten der Gewässerunterhaltung zu senken und die Umlage
586 gemäß novelliertem Wassergesetz stärker nach dem Vorteilsprinzip auszurichten.

587 Die Landwirtschaft wird dennoch Pflanzen brauchen, die unter veränderten Umweltbedingungen
588 gedeihen. Innovative Pflanzenzüchtung kann die Landnutzung und Wertschöpfung im ländlichen Raum
589 stärken. Das ist eine Zukunftsaufgabe mit Langzeitcharakter. Daraus ergibt sich kein Freibrief für die
590 Agrogentechnik. Im Gegenteil DIE LINKE bleibt bei ihrem strikten Nein zu dieser Risikotechnologie.

591 In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Erwartungen, die mit dem Einsatz von gentechnisch
592 veränderten Pflanzen (GVP) verbunden sind, sich nicht erfüllen. Vielmehr werden Landwirte in die
593 Abhängigkeit einer Technologie gebracht, deren negative Auswirkungen nicht beherrschbar sind. Wir
594 setzen uns für ein Land Brandenburg als gentechnikfreie Region und ein Anbau- und
595 Verbreitungsverbot ein – gerade auch weil die anbietenden Konzerne nicht umfänglich haften, kein
596 unabhängiges Langzeitmonitoring, keine durchgängige Kennzeichnung der Futter- und Lebensmittel
597 und somit keine echte Wahlfreiheit für Erzeuger und Konsumenten gesichert sind. Statt Monokulturen
598 setzt sich DIE LINKE für eine gute fachliche Praxis mit Fruchtfolgen und schonender
599 Bodenbearbeitung ein. Es geht um mehr, als nur das Abwenden eines Imageschadens, es geht um die
600 Akzeptanz Brandenburgs als Natur- und Reiseland und als Spitzenreiter im ökologischen Landbau.

601 Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen
602 naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu nutzen.
603 Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu entwickeln. Dazu sind
604 sanfter Tourismus, Umweltbildung und die insbesondere auch personelle Stärkung der Brandenburger
605 Großschutzgebiete zur Standortsicherung unerlässlich. Naturschutz ist ein Wert an sich. Der Schutz
606 von Arten und Biotopen lässt sich nicht gegen Wirtschaftswachstum und Bautätigkeit aufrechnen.
607 Ohne intakte Umwelt, ohne funktionierenden Landschaftswasserhaushalt und ohne notwendige
608 Anpassungsstrategien zur Vermeidung bzw. Abmilderung von Klimaveränderungen stellt sich jeder
609 Fortschritt aufgrund der spezifischen Brandenburger Bedingungen selbst in Frage.

610 Ein wichtiges landschaftsprägendes Element Brandenburgs – die Alleen sind bedroht. DIE LINKE setzt
611 sich für eine Neufassung des Alleekonzeptes mit dem Ziel ein, dass der Alleenbestand jederzeit
612 gesichert ist und nicht wie gegenwärtig eine zwischenzeitlich massive Reduzierung der Zahl der
613 Alleebäume in Kauf genommen wird. Zur Sicherung des Alleenbestandes fordern wir die Einrichtung
614 eines Alleenfonds.

615

616 **2. Bekämpfung von Armut – bessere Lebensbedingungen für Kinder.**
617 **Bezahlbare Lebensumstände für alle.**

618

619 **Ein starkes, solidarisches Brandenburg für alle**

620 Selbst das Sozialministerium musste es zugeben: Etwa jeder sechste ist in unserem Land von Armut
621 bedroht. Das betrifft fast eine halbe Million Menschen. Und die Berechnungen beziehen sich auf die
622 Zeit vor der großen Krise.

623 Vieles von dem, was hier politisch getan werden kann, liegt in den Händen des Bundes, nicht der
624 Länder. Die Hartz-Gesetze waren und sind Bundesgesetze – doch Brandenburgs Regierung hat
625 dagegen nie ernsthaft etwas unternommen. Eine rot-rote Landesregierung kam 2004 gerade deshalb
626 nicht zustande. Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – ohne Wenn und Aber! An seine Stelle muss
627 eine bedarfsdeckende Mindestsicherung treten: Nicht Armut per Gesetz – sondern die
628 Wiedereinsetzung eines Sozialstaates, der vor Armut schützt, soziale Ausgrenzung verhindert und
629 Menschen würdig behandelt.

630 Brandenburg hat sich mit der derzeitigen Landesregierung zu viele Fesseln für ein erkennbares
631 politisches Agieren auf der Bundesebene auferlegt. Unser Land muss künftig aber im Bund klar seine
632 Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn erheben, sondern sich auch ebenso deutlich für
633 weitere Schritte gegen Armut und Armutsrisiken einsetzen. Notwendig ist eine Grundsicherung für
634 alle, die Armut verhindert. Die Regelsätze müssen schnellstmöglich aufgestockt werden – vor allem
635 für Kinder. Das Rentenniveau ist zu sichern, der Rentenwert (Ost) auf Westniveau anzuheben. Wir
636 brauchen ein Bundesgesetz, damit Praktika nicht mehr als Deckmantel für Dumping-Löhne für
637 Berufseinsteigerinnen und -einsteiger missbraucht werden können. Auf der Tagesordnung stehen
638 bundesgesetzliche Regelungen, die einkommensschwache Haushalte durch den Erlass von
639 Grundgebühren o. ä. gegen explodierende Energiekosten schützen.

640 Um gerade in Krisenzeiten das schnelle Abrutschen der Arbeitslosen in Hartz IV zu verhindern und die
641 Binnenkaufkraft in der Phase des konjunkturellen Abschwungs nicht weiter zu schwächen, wollen wir
642 dringend eine 24-monatige Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

643 Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde erst durch
644 die Hartz-Gesetze ermöglicht. Insbesondere Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen. Diese
645 Einfallstore für Niedriglohnbeschäftigung müssen geschlossen werden. Die Durchsetzung des Prinzips
646 gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen
647 Befristung, die volle Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde und die
648 Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes sind unverzichtbar.

649 Im Lande selbst ist dafür zu sorgen, dass materielle Armut nicht in Ausgrenzung mündet. Das beste
650 Mittel dafür ist der Weg zurück in Existenz sichernde Erwerbsarbeit – Fortbildung und Umschulung für
651 Erwerbslose hat deswegen einen hohen Stellenwert. Wir schlagen ein Sonderprogramm
652 Fachkräftequalifizierung von Schulabschluss bis Rente unter Berücksichtigung der Gleichstellung von
653 Mann und Frau vor.

654 Um die gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern, setzen wir uns für Familienpässe und Kulturtickets
655 ein. Menschenwürde und Wohnen gehören eng zusammen. Wir brauchen in Brandenburgs Kommunen
656 Wohnungssegmente, die für einkommensschwache Haushalte vorgehalten werden.

657 Ein großer Erfolg war, dass wir 2008 im Bündnis mit anderen über eine Volksinitiative ein Sozialticket
658 durchsetzen konnten. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine Grundvoraussetzung für die
659 Integration in der Arbeitswelt, für den vollwertigen Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge und für
660 die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobilität muss daher buchstäblich für Jede(n) zugänglich
661 sein.

662 Wir nehmen daher eine Einschränkung von Mobilität in Beruf, Arbeitssuche, Kultur und Freizeit
663 aufgrund eines geringen Einkommens nicht hin. Daher wollen wir das Sozialticket (Mobilitätsticket)
664 über das Jahr 2010 hinaus weiterführen und sozial gerechter ausgestalten:

665

666 Wir werden ein Sozialticket – vergleichbar dem Seniorenticket – auf den Weg bringen, das allen
668 Beziehern von Arbeitslosengeld II und ähnlich niedrigen Einkommen die
670 Nutzung des gesamten öffentlichen Regionalverkehrs im Raum Berlin-
672 Brandenburg zum Preis von 45 Euro pro Monat ermöglicht. Von diesem
674 Ticketpreis sollen mindestens 20 Euro von der Agentur für Arbeit als
676 zusätzliche Mobilitätspauschale zur beruflichen Neuorientierung getragen
678 werden. Zu deutlich abgestuften Preisen soll das Ticket auch als
680 Tagesfahrkarte und für Teilräume erhältlich sein.

681

**Schlüsselvorbaben 7:
Sozialticket für die
ganze Region und für
Einzelfahrten**

682 **Kinder vor Armut schützen!**

683 In Brandenburg wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des Landes ist
684 sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. Wir halten das für einen Skandal und werden uns damit
685 nicht abfinden – im Wissen darum, dass auch dieses Problem nicht zuletzt ein Resultat der verfehlten
686 Sozialpolitik der letzten beiden Bundesregierungen ist. Also müssen Veränderungen in den
687 bundesweiten Regelungen erfolgen.

688 Wir wollen deshalb eine Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder im Bundesrat auf den
690 Weg bringen. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe und keine
692 „preiswerten“ Erwachsenen. Ihr Bedarf muss eigenständig ermittelt werden
694 und darf nicht wie bisher eine prozentuale Ableitung vom Regelsatz für
696 Erwachsene sein.

**Schlüsselvorbaben 8:
Initiative zur
armutsfesten
Grundsicherung für
Kinder**

698 Wir schlagen vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die
700 regelmäßig den Bedarf von Kindern und Jugendlichen berechnet und
702 Empfehlungen zu dessen Sicherstellung formuliert. Bis zur Bestimmung des
704 altersspezifischen Bedarfs für Kinder und Jugendliche orientieren wir uns an
705 den Vorgaben der Sozial- und Familienverbände. Demnach sollten die bis 5- jährigen 276 Euro und 6-
706 13-jährige 332 Euro (bisher 211 Euro) erhalten und die 14-bis-17- jährigen 358 Euro (bisher 281 Euro)
707 bekommen.

708 Das Land steht natürlich auch in Verantwortung, wenn es darum geht, die sozialen und rechtlichen
709 Barrieren für die Kinder abzubauen. Auf der Tagesordnung steht für die LINKE der uneingeschränkte
710 Rechtsanspruch für jedes Kind auf eine hochwertige Kindertagesstättenbetreuung, und dies ganztägig
711 und schrittweise gebührenfrei.

712 Perspektivisch wollen wir erreichen, dass alle Kinder in Kitas und Grundschulen kostenlos ein
713 gesundes Mittagessen erhalten. Der Einstieg muss jetzt erfolgen – dadurch, dass Kinder aus sozial
714 bedürftigen Familien zumindest einen Zuschlag für die Kosten eines solchen Mittagessens erhalten.

715

716 **Gebühren und Abgaben, Tarife und Mieten begrenzen**

717 Bei einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von cirka 1500 € in Brandenburg gibt es
718 nicht viel Spielraum. Unser Land liegt damit noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Etwa drei
719 Viertel der Ostdeutschen sagen dazu, dieses Einkommen sei zu knapp und nur mit Einschränkungen
720 geeignet, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. In den letzten Jahren hat es eher mehr als weniger Anlass zu
721 dieser Einschätzung gegeben.

722 Um so wichtiger ist es, dass die Landespolitik starkes Augenmerk auf bezahlbare Lebensumstände
723 legt. Deswegen wollen wir dem zunehmenden Anstieg von Gebühren und Beiträgen durch ein
724 Gebühren- und Beitragsbegrenzungsgesetz entgegen wirken. Und wir wollen erreichen, dass Mieten
725 und Nebenkosten bezahlbar gestaltet und gehalten werden. Im Abwasserbereich belasten hohe
726 Gebühren und Anschlussbeiträge wie in keinem anderen Bundesland Bürgerinnen und Bürger sowie
727 kleine und mittelständische Unternehmen. Wir fordern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes
728 für das Land Brandenburg. Beitragsforderungen gegenüber so genannten „Altanschließern“ aus DDR-

729 Zeiten, die bis Ende 2003 verjährt gewesen waren, dürfen nicht wieder aufleben. Verjäherte
730 Beitragsforderungen müssen verjährt bleiben.

731 Der Aufbau großer zentraler Abwassersysteme mit wenigen Klärwerkstandorten hat sich im dünn
732 besiedelten Flächenland Brandenburg als besonders unwirtschaftlich, unökologisch und unsozial
733 erwiesen. Geblieben sind überdimensionierte Kläranlagen, kilometerlange Leitungsnetze und viele
734 verschuldete Zweckverbände. Wir fordern die Fortführung des Schuldenmanagementfonds für
735 besonders betroffene Aufgabenträger. Wenn das Land aber Geld in die Hand nimmt, dann nicht, um zu
736 strecken, sondern um zu korrigieren. Eine Gesamtoffensive für einen sozial verträglichen Umbau der
737 Wasser- und Abwasserwirtschaft in Brandenburg ist notwendig. Wir setzen uns für eine Lockerung des
738 Anschluss- und Benutzungszwanges im ländlichen Raum ein. Bürgerinnen und Bürger sollen dort
739 zukünftig selbst entscheiden können, ob sie neu an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden oder
740 Wiederaufbereitungsanlagen nach hohen ökologischen Standards betreiben.

741 Auch die Kontrolle und dauerhafte Begrenzung der Energiepreise sind eine zentrale Aufgabe. Strom
742 und Wärme müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Energie ist ein fester Bestandteil der
743 öffentlichen Daseinsvorsorge.

744 Brandenburg darf sich da nicht hinter dem Bund verstecken – vielmehr gilt es, bundespolitisch klar
745 Position zu beziehen: für die Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen
746 durch passende steuerliche Instrumente, für die Entkoppelung der Preisentwicklung der Energieträger
747 Gas und Öl, für eine verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen, für den
748 diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen auch für kleine Anbieter oder für Stadtwerke sowie für
749 die Trennung von Netzbetrieb und Energieerzeugung. Das Landeskartellamt muss entschiedener
750 Energiepreise kontrollieren und korrigieren.

751 Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Brandenburg sich in Zusammenarbeit mit anderen
752 Bundesländern für Änderungen des Mietrechts einsetzt – das betrifft vor allem die Reduzierung der
753 Neuvermietungszuschläge und der Modernisierungskostenumlage sowie ein größeres Gewicht von
754 Bestandsmieten in Mietspiegeln. Die Spirale der steigenden Wohnkosten muss durch solche
755 Änderungen des Mietrechts, durch Reduzierung der kommunalen Gebühren, durch Stärkung der
756 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sowie durch Streichung der
757 Altschulden gestoppt werden. Gerade letzteres schafft für die Wohnungsunternehmen Spielräume für
758 Investitionen und freiwillige soziale Projekte. Bezahlbare Wohnungen für alle Generationen und für
759 Singles, barrierefreies Wohnen und generationsübergreifendes gemeinsames Wohnen sind zu sichern.
760 Mietobergrenzen sollen jene vor Verdrängung schützen, die seit langem in ihrem Kiez wohnen.

761 Bezahlbare Lebensumstände für alle schließen auch ein gerechtes Tarifsystem im Öffentlichen
762 Personennahverkehr ein – über das Sozialticket hinaus. Wir streben eine einheitliche
763 zielgruppenspezifische tarifliche Ausgestaltung im VBB durch Umwelt- /Freizeittickets,
764 Semestertickets, Schülerfreizeittickets, Ferientickets, Senientickets Berlin Brandenburg und
765 Familienpässe an. Diese Möglichkeiten sollen als Monats-, Mehrtages- und Tageskarten und Tickets
766 für Stadtverkehre angeboten werden. Schüler- und Ausbildungstickets wollen wir perspektivisch
767 beitragsfrei gestalten und neben der Beförderung zu den Bildungsstätten auch auf die Freizeit und den
768 gesamten VBB-Bereich ausweiten. Die Finanzierung soll als Landesaufgabe aus dem Verkehrshaushalt
769 erfolgen.

770

771 **Verbraucher schützen**

772 Ob in den Bereichen Abwasser, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, Finanzen, Dienstleistungen oder
773 Umwelt: Überall betrifft der Verbraucherschutz die konkreten sozialen Belange der Menschen. Der
774 Schutz vor gesundheitlichen und sozialen Risiken, vor rechtlichen oder finanziellen Nachteilen muss
775 Vorrang vor wirtschaftlichen Kapitalinteressen haben. Lebensmittelskandale, unkontrolliert steigende
776 Energiepreise, unseriöse Finanz- oder Jobangebote, Haustür- und Internetgeschäfte machen deutlich:
777 Das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf umfassende Information und Transparenz muss
778 gewährleistet werden. Informations- und Beratungsstrukturen sind so zu gestalten, dass sie von allen
779 Menschen unabhängig vom sozialen Status genutzt werden können. Wir unterstützen unabhängige

780 Verbraucherorganisationen und setzen uns dafür ein, dass Verbraucherrechte konsequent gestärkt
781 werden.

782 **3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an**

783

784 **Was wir haben – und was wir brauchen**

785 Menschen brauchen in einer Gesellschaft, die in zunehmendem Maße auf Wissen beruht, mehr denn
786 je sozial gleichen Zugang zu Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Verfügung über diese Freiheitsgüter
787 entscheidet schon heute und mehr noch künftig über die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens in
788 sozialer Sicherheit, über Beschäftigung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Flexibilität in Zeiten
789 permanenten Wandels und über die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Lebensweisen. Das
790 ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für die Gestaltung der Zivilgesellschaft, für eine Beendigung
791 des Raubbaus an der Natur, für die Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, für mehr
792 Toleranz und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

793 Brandenburgs Bildungssystem fehlt es heute sowohl an Qualität als auch an Kontinuität. Knackpunkte
794 sind die unzureichende Personalausstattung und die frühe Auslese. Dazu kommt die chronische
795 Unterfinanzierung. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubt nicht, dass dieses
796 Bildungssystem die jungen Leute gut auf das Leben vorbereitet. Zu Recht: 10 % der Schülerinnen und
797 Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss, nur 13,5 % eines Altersjahrgangs erlangen einen
798 Hochschulabschluss. Die Betriebe klagen über Fachkräftemangel.

799 Zunehmend macht sich auch in Brandenburg ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen sozialer
800 Herkunft und Bildungsbeteiligung/Bildungserfolg breit.

801 Wenn die Bildungspolitik nach der Landtagswahl wiederum von SPD und CDU bestimmt wird, wird
802 sich an all dem wieder nichts durchgreifend ändern – allen Bekenntnissen im Wahlkampf zum Trotz.
803 Wir meinen, das kann sich Brandenburg nicht noch einmal leisten.

804

805 **Für ein Höchstmaß an individueller Förderung**

806 Sanierte Schulgebäude, neue Computerkabinette, gut ausgerüstete Labore für den Unterricht in
807 naturwissenschaftlichen Fächern sind nötig und wichtig. Entscheidend für den Bildungserfolg ist
808 jedoch, was in den Klassenzimmern passiert. Wir treten für gemeinsames Lernen und ein Höchstmaß
809 an individueller Förderung ein, um jeden einzelnen Heranwachsenden nach seinen Stärken und
810 Schwächen fördern zu können. Dafür brauchen wir neue pädagogische Konzepte und vor allem mehr
811 Zeit für den individuellen Dialog zwischen Lehrer und Schüler. Diese Zeit kann nur gewonnen werden,
812 wenn die Klassen in den Schulen bzw. die Gruppen in den Vorschuleinrichtungen kleiner werden.

813 Wir wollen dafür sorgen, dass keine Schulklasse im Land mehr als 24 Schüler zählt. Die verbesserte
814 Personalausstattung ist nicht nur Voraussetzung für die Umsetzung zukunftsfähiger Bildungskonzepte.
815 Sie muss endlich den Skandal beenden, dass Unterricht in Größenordnungen ausfällt bzw. solcher
816 Ausfall mit windigen Notlösungen kaschiert wird. Um dies zu erreichen, muss der Abbau der
818 Lehrerstellen in Brandenburg sofort gestoppt werden. Was für die
820 Schule richtig ist, gilt ebenso für die Kindertageseinrichtungen
822 Faustregel ist: Je kleiner die Gruppen, desto mehr persönliche
824 Zuwendung, menschliche Wärme, soziales Lernen und
826 vorschulischer Bildungsfortschritt.

828 Es bedarf dringend einer Verbesserung der Betreuungsrelationen in
830 den Kindertagesstätten. Bei den unter Dreijährigen muss sie
831 zunächst von 1 zu 7 auf 1 zu 6 (eine Erzieherin auf 6 Kinder) und bei den 3- bis 6-Jährigen von 1 zu 13
832 im ersten Schritt auf 1 zu 12 abgesenkt werden.

833 Perspektivisch streben wir für die 3- bis 6-Jährigen einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 an.

834 Mit diesem Projekt wäre ein wichtiger Durchbruch zu mehr Qualität in der Bildung und auch zu mehr
835 Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit getan.

Schlüsselvorbaben 9:
Keine Schulklasse mit mehr als
24 Schülern .
Besserer Betreuungsschlüssel
in den Kitas

836 Ein zukunftsfähiges Bildungswesen verlangt jedoch mehr als nur kleinere Klassen. Das beginnt beim
837 Geld. Gerade in Krisenzeiten gilt es, verstärkt in Bildung zu investieren. Nicht nur 4,4 Prozent des
838 brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern sieben Prozent davon müssen in die
839 Bildung fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesamte Bildung von der Kita, über die Schule,
840 Ausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung langfristig beitragsfrei wird.

841

842 **Auf den Anfang kommt es an**

843 Auf den Anfang kommt es an: Kinder haben von Geburt an ein Recht auf Bildung, Erziehung und
844 Betreuung. Die **Kindertagesbetreuung** bedarf eines hohen professionellen Niveaus, damit Kinder
845 frühzeitig gestärkt werden, ihre „Weltaneignung“ in einem sozialen Kontext ermöglicht wird.
846 Deswegen halten wir einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für
847 angebracht. Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen schon bei vierjährigen Kindern
848 einsetzen. Damit genug Fachkräfte da sind, steht eine Qualifizierungsoffensive an. Und die
849 Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir ausbauen.

850

851 **Eine Schule für alle**

852 In der Schule ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam und voneinander
853 lernen. Eine solche **Schule für alle** stärkt die Kompetenzen der besonders leistungsfähigen
854 Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Davon profitieren
855 auch die Leistungsschwächeren, denn Kinder lernen am besten von Kindern. Durch individuelle
856 Förderung werden ungleiche Startbedingungen ausgeglichen und besondere Fähigkeiten weiter
857 ausgeprägt. Das ist eine Schule mit einer neuen Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt
858 Selektion. Sie erreicht so zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Lust auf Leistung
859 entsteht durch Freude am Lernen, nicht durch eine Verschärfung von Auswahlverfahren wie
860 Zulassungsbeschränkungen, Sitzenbleiben oder Kopfnoten. Wir setzen auch nicht allein auf
861 Faktenwissen, sondern zugleich auf Methodenkompetenz, Medienkompetenz, Innovationsfreude,
862 Flexibilität, soziale und personelle Kompetenz.

863 Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und Orte der Kommunikation von Kindern
864 und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein. Wohnortnähe von Kitas und
865 Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation von Heranwachsenden mit dem sie
866 umgebenden Wohnumfeld.

867 Daher setzen wir uns für ein integratives Schulsystem in Form der Gemeinschaftsschule bis zur 10.
868 Klasse ein. In der nächsten Legislaturperiode gilt es, die Voraussetzungen dafür zu verbessern und
869 erste Schritte auf dem Weg zum längeren gemeinsamen Lernen einzuleiten. Unser schulpolitischer
870 Weg für die nächsten Jahre sieht daher folgendes vor:

871 Schulstandorte werden wir sichern, indem wir Grund- und weiterführende Schulen räumlich
872 zusammenführen und ihre Kooperation fördern; alle Synergieeffekte im Einsatz personeller, räumlicher
873 und materieller Ressourcen werden wir nutzen. Das System der Flexiblen Eingangsphase (FLEX), in der
874 in den ersten zwei Schuljahren jahrgangsübergreifend unterrichtet wird, werden wir ausweiten bis es
875 letztlich flächendeckend besteht – bei entsprechender personeller und sächlicher Ausstattung.
876 Gleiche Rahmenlehrpläne und gleiche Stundenzuweisungen für Oberschulen, Gesamtschulen und
877 Gymnasien bis Klasse 10 sollen zu mehr Durchlässigkeit beitragen und Schülerinnen und Schülern
878 ermöglichen, bei entsprechenden Leistungen von der Oberschule auf das Gymnasium zu wechseln.
879 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden wir stärker in den gemeinsamen Unterricht an
880 allgemein- und berufsbildenden Schulen einbeziehen. Dazu bedarf es der Ausbildung und des
881 Einsatzes von deutlich mehr SonderpädagogInnen. So lange sie nicht in ausreichender Zahl zur
882 Verfügung stehen, werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf neben
883 dem gemeinsamen Unterricht auch an Förderschulen unterrichtet. Wir sorgen für weniger Bürokratie
884 und mehr Eigenverantwortung für die Schulen – dazu gehört auch die Erweiterung der
885 Leitungsfreistellung für Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir schaffen mehr und bessere

886 Ganztagsschulen und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.
887 Polytechnische Bildung, Medienkompetenz und Berufswahlorientierung führen wir in die Lehrpläne der
888 allgemein bildenden Schulen ein. -

889 Wir treten für eine Flexibilisierung der gymnasialen Oberstufe ein, so dass Schülerinnen und Schüler
890 entsprechend ihrem individuellen Lerntempo das Abitur nach zwölf oder dreizehn Jahren ablegen
892 können.

894 Die Schülerbeförderung ist grundsätzlich elternbeitragsfrei zu
896 gestalten und als Landesaufgabe zu finanzieren.

**Schlüsselvorbaben 10:
Elternbeitragsfreie
Schülerbeförderung**

898

900 **Gutes Personal**

901 Eine gute Schule benötigt eine gute Personalausstattung. Es darf keine weiteren Stellenkürzungen
902 geben – dafür aber eine solide mittelfristige Personalplanung auf der Grundlage der tatsächlichen und
903 zukünftigen Bedarfe. Dazu gehört eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für junge Lehrkräfte,
904 um dem drohenden Lehrkräftemangel ab 2013 vorzubeugen. Die Einstellung von mindestens 500
905 jungen Lehrkräften jährlich ist zu sichern. Zu einer auskömmlichen Personalausstattung gehören
906 außerdem mehr SchulpsychologInnen, SonderpädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen.

907

908 **Bildung – weltoffen und Minderheiten schützend**

909 Die Voraussetzungen für interkulturelle Bildung zu verbessern, ist uns nach der Verabschiedung des
910 "UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen"
911 ein besonderes Anliegen.

912 Brandenburg braucht eine europäische Werte- und Kulturerziehung, die europäische Identität stärkt
913 und Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit fördert. Wir unterstützen
914 die Forderung in der „Potsdamer Bürgererklärung“ (2008). Europapolitischen Bildungsangeboten in
915 allen Schulen und Kindertagesstätten kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen nicht nur
916 einen, sondern viele „Europa-Projekt-Tage“ an unseren Schulen. Europäische Kultur und Geschichte,
917 vor allem die unseres Nachbarlandes Polen, und umfassende Kenntnisse über die Entstehung, die
918 Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union müssen zum Grundwissen aller gehören, die eine
919 Schule in Brandenburg verlassen. Besonders die Lehrerbildung hat dafür Voraussetzungen zu
920 schaffen. Durch die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit –
921 wie von Europarat und EU angeregt – könnten die Brandenburger nur gewinnen: Andere Kulturen
922 wären als Bereicherung für das eigene Leben erfahrbar, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und
923 Ausland würden wachsen, die Fähigkeit entwickelt werden, den europäischen politischen Dialog durch
924 mehrsprachige Kommunikation aktiv mitgestalten zu können.

925 DIE LINKE will ein Konzept zur Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache im Land
926 Brandenburg auf den Weg bringen und damit den längst überfälligen Beitrag zur Umsetzung der
927 europäischen Minderheitenabkommen leisten. Das Niedersorbische (Wendische) gehört zu den am
928 meisten bedrohten Sprachen – der Europarat hat Brandenburg deshalb 2008 scharf kritisiert. Auf der
929 Grundlage eines solchen Konzepts sind die Fortführung des bilingualen „Witaj-Projekts“ in der
930 Sekundarstufe I und II und die Erweiterung des Netzes von sorbischen (wendischen)
931 Kindertagesstätten im angestammten Siedlungsgebiet, vor allem aber die Qualität der sprachlichen
932 Bildung zu sichern. Der weiteren Profilierung des Niedersorbischen Gymnasiums Cottbus als einziger
933 zum Abitur führender sorbischer Schule gilt die besondere Aufmerksamkeit. Nicht nur die Stiftung für
934 das sorbische Volk und die Kommunen, sondern vor allem das Land hat dafür die wesentlichen
935 Voraussetzungen zu schaffen: durch die Erweiterung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten für
936 Lehrer, die Niedersorbisch im Sprach- wie im Fachunterricht auf hohem sprachlichen Niveau
937 vermitteln, und die Erarbeitung sorbischsprachiger Lehr- und Lernmaterialien. Das Engagement der
938 Sorben (Wenden) zum Erhalt ihrer Sprache bedarf dauerhaft der Unterstützung durch das Land.

939

940 Zwischen Schule und Erwerbsleben liegen Berufsausbildung bzw. Studium.

941

942 **Qualifizierte Berufsausbildung**

943 Aus unserer Sicht hat jeder Jugendliche das Recht auf einen voll qualifizierten Ausbildungsplatz. Das
944 sollte in der Verfassung stehen wie im wirklichen Leben Realität sein.

945 Nicht selten erwartet der Arbeitgeber schon zu Beginn der Lehrzeit Kenntnisse und Fähigkeiten, über
946 die die Auszubildenden am Anfang noch gar nicht verfügen können. Deutlich wird hier, dass
947 Auszubildende oftmals als billige Arbeitskräfte angesehen werden. In anderen Fällen werden
948 Auszubildende hingegen für unqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt, statt auf die Ausübung des
949 gewünschten Berufes vorbereitet zu werden.

950 Kern der beruflichen Ausbildung ist für uns nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Wir legen auf
951 beide Seiten wert: Es geht uns einerseits um mehr betriebliche Ausbildungsplätze und andererseits
952 um starke und gute Berufsschulen.

953 Ausbildungsplätze sollen mit ausreichender sozialer Absicherung und guten Übernahmechancen
954 verbunden sein. Die Ausbildungslasten müssen zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und
955 Unternehmen stärker an Ausbildung interessiert werden. Damit sich kleinere Unternehmen an der
956 Berufsausbildung beteiligen können, streben wir eine Umlagefinanzierung an. Wir wollen zudem dafür
957 sorgen, dass die Landesverwaltung nicht länger ein negatives Beispiel abgibt. Die Ausbildungsquote
958 hier ist minimal (1,25 Prozent im Jahr 2007) – wir hingegen orientieren uns an mindestens 6 Prozent
959 im Öffentlichen Dienst des Landes, der Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften.

960 Zur Stärkung der Berufsschulen halten wir seitens des Landes eine Berufsschulnetzplanung für
961 erforderlich, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und bei der die demografischen Probleme
962 berücksichtigt werden. Berufsschullehrer brauchen ein grundständiges Studium, um die fachgerechte
963 Ausbildung des künftigen Fachkräftebedarfs abzusichern. Zur Sicherung der Qualität in
964 Berufsausbildung und Berufsberatung tragen die Wiedereinführung der
965 Ausbildungsseignungsverordnung, regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie
966 Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen bei.

967 Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die Berufstätigkeit oder in
968 eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen Barrieren geprägt. Bildungsgänge,
969 die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf berufsqualifizierende Bildungsgänge beziehen,
970 sind abzuschaffen. Schulisch erworbene Qualifikationen müssen im Ausbildungssystem anerkannt
971 werden. Im Interesse einer besseren Ausbildung von Benachteiligten wäre das Berufsvorbereitende
972 Jahr (BVJ) durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und
973 durch effektive Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen.

974

975 **Eine neue Hochschulpolitik**

976 Die Brandenburger Hochschulen und das Land haben seit der Wende eine beachtliche Aufbauleistung
977 vollbracht. Spitzenleistungen in einigen Bereichen von Forschung und Lehre sind Teil von
978 erfolgreichen Kompetenzfeldern in Brandenburg und tragen somit zur Sicherung der Zukunft unseres
979 Landes bei. In vielen Bereichen, etwa der Betreuungsrelation oder den Ausgaben pro Studierenden, ist
980 Brandenburg aber schlecht aufgestellt. Die rasante Entwicklung in Wissenschaft und Gesellschaft
981 erfordert ungeheure Anstrengungen für eine kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft,
982 damit wir in diesem Bereich Schritt halten können: Brandenburg muss zu einem sozialen und
983 modernen Hochschulland werden.

984 Um dies zu erreichen, muss in der Hochschulpolitik umgesteuert und von der SPD/CDU-Koalition
985 abgelehnte Impulse aufgegriffen werden. Vor allem in fünf zentralen Bereichen gibt es erheblichen
986 Verbesserungsbedarf:

987

988 **Soziales Studium – Soziale Hochschule**

989 Studiengebühren oder Studienkonten wird es mit uns nicht geben. Darüber hinaus muss ein Rahmen
990 geschaffen werden, in dem Studierende sozial abgesichert und flexibel studieren können. Dazu gehört
991 eine Studienorganisation, die ein Teilzeitstudium über die gesamte Dauer oder auch für einzelne
992 Semester ermöglicht. Kinder- und Familienbetreuung, Arbeit neben dem Studium, ehrenamtliches
993 oder politisches Engagement etc. dürfen nicht zu einer Gefährdung des Studienabschlusses führen.
994 Die neu eingeführte Fristenregelung im Hochschulgesetz, nach deren Ablauf Exmatrikulation droht,
995 muss umgehend wieder abgeschafft werden.

996 Nötig ist kurzfristig eine weitere Erhöhung des BAföG, mittelfristig sollen elternunabhängige und
997 rückzahlungsfreie Studienhonorare zumindest einen Teil des Lebensunterhaltes für die Studierenden
998 decken.

999 Stellen für studentische MitarbeiterInnen sollen ausgebaut werden. Sie sind nach einer zu
1000 schaffenden tarifvertraglichen Regelung angemessen und Existenz sichernd zu entlohnen, beispielhaft
1001 verfährt hier Berlin. Die Hochschule darf kein Ort prekärer Beschäftigungsverhältnisse werden.
1002 Daueraufgaben in diesen Bereichen müssen über unbefristete und tarifgerechte
1003 Beschäftigungsverhältnisse abgesichert werden. Zeitweilige Lehraufgaben müssen zusätzlich sein und
1004 auch sie sollen tarifvertraglich geregelt werden. Promovierende sollen grundsätzlich ein
1005 entsprechendes Beschäftigungsverhältnis für die Dauer ihrer Promotion bekommen.

1006 Die in den letzten Jahren massiv finanziell beschnittenen Studentenwerke sollen besser ausfinanziert
1007 werden.

1008

1009 **Qualität der Lehre**

1010 Die Lehre muss in der Bewertung der Leistungen der Hochschulen einen größeren Stellenwert
1011 bekommen. Dazu muss die Betreuungsrelation an den Hochschulen verbessert werden. Nur mit
1012 intensiver, individueller Betreuung durch die Lehrenden kann Lehre qualitativ gut sein. Das verlangt
1013 den Aufbau von 250 zusätzlichen Personalstellen im Mittelbau bis 2012.

1014 Die Lehre muss im Schwerpunkt von Lehrenden mit ordentlicher Lehrbefähigung ausgeübt werden.
1015 Die Pflicht zur regelmäßigen pädagogischen und didaktischen Weiterbildung ist gesetzlich zu
1016 verankern. In Berufungsverfahren sollen diese Fähigkeiten in der Gesamtbewertung der
1017 BewerberInnen einen wesentlichen Schwerpunkt bilden.

1018 10 Jahre nach der Bologna-Erklärung stellt DIE LINKE fest, dass die Ziele der Studienreform nicht
1019 erreicht wurden. Das Bachelor-Master-System verschult das Studium, erhöht den Leistungsdruck, ist
1020 sozial selektiver und lässt ein „studium generale“ kaum zu. Aus unserer Sicht muss daher die
1021 Studienreform weiterentwickelt werden.

1022

1023 **Demokratie in der Hochschule**

1024 Hochschulen sind Schauplätze gesellschaftlichen Diskurses. Deshalb ist die gleichberechtigte
1025 Teilhabe aller Hochschulangehörigen an den Entscheidungsprozessen zwingend erforderlich. Dazu
1026 gehört die viertelparitätische Vertretung der Mitgliedergruppen in allen Entscheidungsgremien.
1027 Studierende sollen als größte Mitgliedergruppe auch in den Hochschulleitungen vertreten sein.

1028 Wir halten es für erforderlich, die Interessenvertretungen der Hochschulmitglieder in die
1029 Hochschulplanung und den Gesetzgebungsprozess auf Landesebene intensiver und
1030 institutionalisierter einzubinden. Die Landesvertretungen der Statusgruppen sollen ein gesetzlich
1031 verankertes Beteiligungs- und Anhörungsrecht für Gesetzgebungsvorhaben im Hochschulbereich
1032 erhalten. Außerdem wollen wir die Bildung von lokalen Hochschulräten, die über externe Mitglieder die
1033 Verankerung der Hochschulen in ihrem Umfeld und der Gesellschaft insgesamt verbessern.

1034

1035 **Freiheit von Forschung und Lehre**

1036 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, das die Weiterentwicklung der Gesellschaft
1037 insgesamt sichert. Die notwendige kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft darf sich
1038 nicht an kurzfristigen Erfordernissen des Marktes orientieren. Insbesondere darf sich die Zuweisung
1039 von Landesmitteln nicht länger vornehmlich auf Studiengänge konzentrieren, die durch ihren
1040 Praxisbezug ohnehin besonders guten Zugang zu Drittmitteln haben. Auch muss Raum für kritische
1041 Wissenschaft sein. Die Einheit von Lehre und Forschung muss gewährleistet bleiben. Experimente wie
1042 die Lehrprofessur lehnen wir ab.

1043 Zur Freiheit von Forschung und Lehre gehört auch die Freiheit des Studiums. Studierende müssen das
1044 Recht und die Möglichkeit haben, vielfältige Lehrangebote wahrnehmen und dabei Erfahrungen
1045 außerhalb ihres Kernfaches sammeln zu können. Die immer stärkere Verschulung des Studiums im
1046 Rahmen der Studienreform konterkariert das freie Studium und wird von uns abgelehnt.

1047

1048 **Hochschulzugang**

1049 Brandenburg hat eine niedrige Bildungsbeteiligung. Deswegen lautet unser Schwerpunkt: mehr
1050 Studierende – nicht zusätzliche Zugangshürden. Nur durch eine Erhöhung der Studierquote kann
1051 dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Bereits in der Schule muss das Interesse
1052 für das Studium geweckt und dafür geworben werden. Die Studienangebote müssen die Wünsche und
1053 Interessen von Frauen stärker berücksichtigen – insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, aber
1054 auch in den Geisteswissenschaften.

1055 Weiterhin müssen die Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen soweit als möglich flexibilisiert
1056 werden. Neben dem Abitur sollen künftig auch der Abschluss einer Ausbildung, entsprechende
1057 Berufserfahrung oder sonstige Eignungsnachweise zum Studium berechtigen.
1058 Zulassungsbeschränkungen in konsekutiven Studiengängen gehören grundsätzlich abgeschafft. Jede
1059 und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die Chance haben, auch den
1060 entsprechenden Master-Studiengang zu belegen, um sich weiter zu qualifizieren. Generell fordern wir:
1061 der Master ist der Regelabschluss.

1062

1063 **Weiterbildung**

1064 Wieder und wieder ist in Brandenburg von Fachkräftemangel die Rede. Dieser Mangel hat viele
1065 Ursachen. Wir halten es für geboten, ihm mit einer Qualifizierungsoffensive entgegen zu wirken.

1066 Dabei steht mehr zur Debatte als nur eine gesellschaftliche Reparaturmaßnahme. Bildung wird mehr
1067 und mehr zu einem lebensbegleitenden Prozess. Das bedeutet, dass die nach allgemeiner,
1068 universitärer oder beruflicher Erstausbildung einsetzende Weiterbildung zu einem immer wichtigeren
1069 Bestandteil des gesamten Bildungssystems wird. Schon jetzt ist der Weiterbildungsbereich
1070 hinsichtlich seiner Teilnehmerzahlen der größte Bildungssektor. Dennoch kommt er – trotz großen
1071 Engagements von vielen Institutionen und Lehrkräften – noch nicht systematisch und effektiv dem
1072 nach, was sich an gesellschaftlichen und privaten Herausforderungen mit dem „lebensumspannenden
1073 Lernen“ verbindet.

1074 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung grundlegend zu verbessern. Was getan und
1075 unternommen wird, funktioniert besser und erbringt mehr, wenn es sinnvoll vernetzt ist, wenn sich die
1076 Anstrengungen gegenseitig ergänzen und unterstützen. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf
1077 betriebliche Weiterbildung, eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik, Initiativrechte der
1078 Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die Verpflichtung der
1079 Betriebe auf eine laufende Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche
1080 Weiterbildungsförderung. Dazu kommt: Das brandenburgische Weiterbildungsgesetz bietet schon jetzt
1081 mehr, als genutzt wird.

1082 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir das Netz an Volkshochschulen und anderen
1083 Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt erhalten und stützen. Das heißt u. a., dass der in der

1084 Weiterbildungsverordnung benannte Finanzierungsschlüssel von 2.400 Unterrichtseinheiten je 40.000
1085 Einwohner ausgeschöpft wird. Die Förderung je Unterrichtsstunde soll auf 25 Euro steigen. Die
1086 unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten sind bei der Bemessung der Grundversorgung zu
1087 berücksichtigen und die regionalen Weiterbildungsbeiräte zu stärken.

1088

1089 **Kultur für alle gewährleisten**

1090 Angesichts der Unterfinanzierung von Kunst und Kultur im Land Brandenburg, der zunehmenden
1091 Diskrepanz zwischen Metropole und Randgebieten, der demografischen Entwicklung und teilweise
1092 drückender sozialer Probleme stellt sich scheinbar die Frage, ob wir uns Kunst und Kultur überhaupt
1093 noch leisten können. Selbst Bildung wird immer wieder auf Standortfaktor oder Kennzeichen von
1094 „Humankapital“ reduziert. Aber der wirkliche Rahmen der Bildung ist die Kultur.

1095 Wir halten auch unter den veränderten Bedingungen in diesem Sinne am Anspruch einer Kultur für alle
1096 fest. Kultureller Selbstausdruck und Teilhabe an Kultur sollen nicht Vorrecht, sondern Möglichkeit für
1097 alle sein. Dabei geht es nicht um die Frage, ob wir uns kulturelle und künstlerische Einrichtungen noch
1098 leisten können, sondern darum, welche neuen und komplizierter werdenden Aufgaben vor
1099 demokratischer Kulturpolitik stehen.

1100 Wir unterstützen die gegenwärtigen Bemühungen, Kultur als Pflichtaufgabe gesetzlich zu verankern.
1101 Kultur als Staatsziel gehört ins Grundgesetz.

1102 Zur Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen bei der Förderung von Kultur gibt es keine
1103 Alternative. Sie ist notwendiger denn je. DIE LINKE setzt sich für eine zeitgemäße Fortentwicklung des
1104 kooperativen Kulturföderalismus ein. Allerdings ist es dazu notwendig, eine tatsächliche Kooperation
1105 zwischen Landesebene und kommunaler Ebene zu befördern und nicht die finanzielle Last immer
1106 mehr auf die Kommunen zu verlagern. Nur so kann erreicht werden, dass auch Kommunen
1107 entsprechende Verpflichtungen verbindlich eingehen. Öffentliche Kulturförderung sollte durch privates
1108 und wirtschaftliches Engagement ergänzt (nicht ersetzt) werden.

1109 Wir sehen das Land in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur
1110 Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln auszustatten, die den notwendigen
1111 Aufgaben sowohl im Bereich der Basiskultur als auch der Hochkultur entsprechen. Eine Schließung
1112 sorbischer Kultureinrichtungen, die zu einem großen Teil seit mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht
1113 hinnehmbar. Die sorbischen Medien, insbesondere der DOMOWINA-Verlag und die Zeitungen, müssen
1114 auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der beiden sorbischen
1115 Sprachen leisten.

1116 Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen
1117 Minderheitenabkommen angemessen zu fördern.

1118

1119 **Kulturelle Bildung**

1120 Kulturpädagogische und künstlerische Einrichtungen und Vereine bilden einen Schwerpunkt
1121 kulturpolitischer Arbeit der LINKEN. Das auch in der Fläche des Landes relativ gute Netz von
1122 künstlerischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche soll erhalten werden. DIE LINKE setzt sich
1123 dafür ein, Möglichkeiten zu finden, von der Projektförderung zu einer langfristig angelegten
1124 institutionellen Förderung über zugehen.

1125 Wir werden bis Ende 2010 eine Konzeption Kulturelle Bildung im Land Brandenburg mit dem
1126 Schwerpunkt kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen vorlegen. Damit nehmen wir die
1127 Anregungen der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ auf.
1128 Kulturelle Bildung ist konzeptionell wie in der praktischen Arbeit eine ressortübergreifende Aufgabe.

1129 Angesichts der heutigen Medienvielfalt und der Möglichkeiten des Internets ist Medienkompetenz zu
1130 einer Grundfrage selbstbestimmten Lebens und freier Entscheidungsmöglichkeiten geworden.
1131 Kulturelle Bildung muss sich dieser Herausforderung stellen. Medienkompetenz setzt einen

1132 ungehinderten Zugang zum Internet in Schulen, Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen
1133 Einrichtungen voraus.

1134

1135 **Erinnerungskultur, Gedenkstätten und Museen**

1136 Bei der Entwicklung der Museumslandschaft gehen wir davon aus, dass in enger Zusammenarbeit von
1137 Fachverbänden, Landeseinrichtungen, Museen in kommunaler Trägerschaft und lokal engagierten
1138 Vereinen und Interessengruppen das große Angebot im Land erhalten und vor allem qualitativ
1139 weiterentwickelt werden kann.

1140 Wir fordern ein auf wissenschaftlicher Grundlage und unter Beachtung sensibler Interessen und
1141 Gefühle unterschiedlicher Zeitzeugen zu erarbeitendes Konzept zur Erinnerungskultur. Wir werden uns
1142 an dem Diskussionsprozess konstruktiv beteiligen. Ein Schwerpunkt wird die Auseinandersetzung mit
1143 den Verbrechen der Nazi-Herrschaft sein. Der Widerstand gegen die Nazis muss dabei noch
1144 differenzierter behandelt werden, um die tatsächliche Breite vor allem Jugendlichen vermitteln zu
1145 können.

1146 Wir stellen uns der Geschichte der DDR in all ihren Facetten und unterstützen alle, die das auch tun.
1147 Nostalgische Verklärung wie auch einseitige Abstraktion von der Lebenswirklichkeit helfen hier nicht
1148 weiter. Hier muss ein Konzept erarbeitet und umgesetzt werden, dass auf wissenschaftlicher
1149 Grundlage beruht, die Lehren aus der DDR und ihrem Scheitern bewahrt und zugleich zu Erfahrungen
1150 und Erinnerungen der Bürgerinnen und Bürger in Beziehung setzt.

1151

1152 **Musikschulen**

1154 Ausgehend von den Forderungen der Fachgremien, die auf eine
1155 zunehmende Schülerzahl an Musikschulen verweisen können, setzen wir
1158 uns für eine grundsätzliche Neuregelung der Finanzierung und
1160 Personalausstattung vom Land anerkannter Musikschul- und
1162 Kunsteinrichtungen ein. Ein novelliertes Musikschulgesetz ist deshalb
1164 notwendig. Ziel dieses Projektes ist es, eine langfristige durch Verträge
1166 gesicherte Arbeit der Musikschulen zu gewährleisten, die sowohl die
1168 musikalische Früherziehung, Breitenausbildung und Talentförderung
1169 berücksichtigt. Außerdem geht es darum, die Aufgaben der Musikschulen zu erweitern und
1170 Musikschulen noch stärker mit Kindergärten (Kindertagesstätten) und Schule, besonders im
1171 Ganztagsangebot, zu vernetzen, um sozialpädagogische Aufgaben noch besser übernehmen zu
1172 können.

1173 Wir würdigen die Aktivitäten unterschiedlicher Fachverbände und setzt sich für eine konstruktive
1174 Unterstützung ein. Das betrifft zum Beispiel den Landesmusikrat, „Jugend musiziert“ oder auch
1175 kleinere Initiativen wie „Bassini“. Wir setzen uns für die Unterstützung und Weiterentwicklung von
1176 Schulensembles und Schulchören ein.

1177

1178 **Theater und Bibliotheken**

1179 Wir werden alles tun, um die jetzt bestehenden Theater des Landes langfristig zu sichern. Der
1180 Schwerpunkt ist dabei, die Ensemble-Theater zu erhalten. Wir setzen uns für eine bessere
1181 Unterstützung der freien Theater ein.

1182 Wir werden prüfen, ob anknüpfend an gute Erfahrungen mit Schüler- und Jugendtheatertagen an
1183 verschiedenen Einrichtungen die Errichtung einer „Theaterschule“ möglich ist. Hier könnten
1184 brandenburgische Schulen im Rahmen des Unterrichtsfaches Darstellendes Spiel oder
1185 entsprechender Arbeitsgemeinschaften Wochenkurse belegen.

**Schlüsselvorbaben 11:
Neues Musikschulgesetz
– Finanzierung und
Personalausstattung
verbessern**

1186 Nach unserer Überzeugung kommt den Bibliotheken im Land Brandenburg bei der Förderung von
1187 generationsübergreifender kultureller Bildung eine herausragende Rolle zu. In Anlehnung an die guten
1188 Erfahrungen mit dem Brandenburgischen Musikschulgesetz wollen wir ein Landesbibliotheksgesetz
1189 auf den Weg bringen.

1190

1191 **Mehr Mut zu Entscheidungen**

1192 Die Abstimmung und Förderung einzelner Kultursparten und Aufgabenbereiche erfordert nach unserer
1193 Auffassung mehr Mut zu Entscheidungen – sowohl innerhalb des Landesressorts Kultur wie auch in
1194 möglicher Auseinandersetzung mit anderen Ressorts. Das gilt für Musik und Tanz, für Museen,
1195 Galerien, Heimatstuben und Heimatvereine, für Literatur, Baukultur, Film und Fernsehen, für
1196 Kulturaufgaben der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, für Kulturfeste und
1197 Kulturstiftungen. Und es gilt bis hin zu internationaler Kulturarbeit.

1198 Im einzelnen werden wir uns z. B. stark machen für Babelsberg, für das Cottbuser Festival des
1199 Osteuropäischen Film, für die Weiterführung der Cottbuser Kulturstiftung auch nach 2013, für das
1200 Kulturland Brandenburg und auch für die Kulturwirtschaft.

1201 Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffenden steht weiterhin im
1202 Mittelpunkt unserer politischen Arbeit.

1203 Großes Augenmerk richten wir auf die Unterstützung der bildenden Künste. Wir wollen eine gesetzlich
1204 geregelte Ausstellungsvergütung.

1205

1206 **Medien**

1207 Medien und Kultur gehören auf das Engste zusammen. Medienkommunikation und Information prägen
1208 unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung, bestimmen unsere
1209 Lebensweise mit. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern, Bürgerinnen und Bürger zur
1210 Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen.
1211 Medien müssen der Gesellschaft und dem Individuum die Möglichkeit geben, sich umfassend zu
1212 informieren und sich vielstimmig zu artikulieren. Stärkung und Ausbau des öffentlich-rechtlichen
1213 Rundfunks sind eine kulturelle Herausforderung! Seine Aufgaben und sein Stellenwert müssen neu
1214 definiert und der Medienstandort Berlin-Brandenburg gestärkt werden. Dazu gehört neben einer
1215 klugen Förderpolitik für die Kreativwirtschaft, das Ringen um den seit langem notwendigen
1216 Finanzausgleich innerhalb der ARD, der für die finanzielle Absicherung des Rundfunk Berlin-
1217 Brandenburg wesentlich ist. Wir arbeiten konsequent für ein neues solidarisches
1218 Rundfunkgebührenmodell ein, welches sozial ausgestaltete Befreiungstatbestände beinhaltet, sowie
1219 Mehrfachzahlungen von GEZ-Gebühren ausschließt. Der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
1220 muss für alle bezahlbar bleiben.

1221 Im Zeitalter moderner Kommunikation ist der Internetzugang mittlerweile so existenziell wie die
1222 Energieversorgung und öffentlicher Nahverkehr. Als Aufgabe im Rahmen der öffentlichen
1223 Daseinsvorsorge steht DIE LINKE für eine zeitnahe flächendeckende Versorgung im Land Brandenburg
1224 mit Internet.

1225

1226 **4. Gutes Leben in allen Regionen. Demokratie ausbauen, Rechtsstaat**
1227 **stärken, Toleranz leben.**

1228

1229 Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Der Maßstab dafür, ob und wie das
1230 gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und Musterregionen hier und da.
1231 Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger dort zurechtkommen, wo sie wohnen,
1232 ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich
1233 gleichbehandelt werden oder nicht. Das reicht von der konsequenten Umsetzung der Ansprüche der
1234 Landesverfassung über die Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union__bis zur
1235 konsequenten Umsetzung der UNO-Konvention für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen
1236 des gesellschaftlichen Lebens.

1237 Das meinen wir, wenn wir uns wieder und wieder für den Grundsatz unserer Landesverfassung stark
1238 machen, wonach es in allen Regionen Brandenburg gleichwertige Lebensbedingungen geben soll.

1239

1240 **Starke Kommunen**

1241 Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte, Dörfer und
1242 Landkreise.

1243 Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Der Staat darf sich nicht weiter aus der
1244 Fläche zurückziehen. Privatisierungen verbieten sich bei Aufgaben, die im Interesse der Gemeinschaft
1245 unverzichtbar sind.

1246 Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden Erfordernissen
1247 anpassen. Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert werden – das muss in
1248 den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können – mit klaren Kompetenzen und
1249 den nötigen Finanzen.

1250 Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und
1251 den Gemeinden. Mit neuen Entscheidungskompetenzen müssen die Planungs- und
1252 Koordinierungskompetenzen deutlich in Richtung der Kommunen verschoben werden. Die Strukturen
1253 sind dabei an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu orientieren.
1254 Kompetenzüberschneidungen, Doppelstrukturen, umständliche Verfahren und Kompetenzgerangel
1255 zwischen den Verwaltungsebenen müssen rigoros abgebaut werden. Über moderne
1256 Kommunikationsmittel ist bürgernahe Verwaltung zu sichern und auszubauen. Grundlage ist das
1257 Konnexitätsprinzip, also der untrennbare Zusammenhang von Aufgabenübertragung und Übertragung
1258 der erforderlichen Finanzmittel.

1259 Auch die Rahmenbedingungen dafür müssen geschaffen werden. Dazu gehört für uns die Stärkung der
1260 kommunalen Selbstverwaltung. Kommunalpolitik ist in Brandenburg bisher das fünfte Rad am Wagen
1261 der Landespolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunalvertretungen in ihren Entscheidungs-
1262 und Kontrollrechten gegenüber der Verwaltung gestärkt werden, die Möglichkeiten moderner
1263 Informationsverarbeitung und Kommunikation realistisch bewertet und umgesetzt werden, die
1264 Handlungsspielräume für kommunale Unternehmen und Einrichtungen erweitert und der Prozess der
1265 Rekommunalisierung wirtschaftlicher Unternehmen gefördert wird.

1266

1267 **Zentrale Orte**

1268 Die flächendeckende Daseinsvorsorge wird über das System der zentralen Orte getragen. Der
1269 demografische Wandel, technologische und strukturelle Umbrüche im Wirtschaftsleben, soziale
1270 Verwerfung und veränderte Mobilität erfordern, dieses System auch mit der
1271 Landesentwicklungsplanung den neuen Erfordernissen anzupassen und zukunftsfähig zu gestalten.
1272 Insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit schrumpfenden Einwohnerzahlen sind viele

1273 zentrale Orte schon heute auf Grund mangelnder wirtschaftlicher Tragfähigkeit nicht mehr in der Lage,
1274 die nötigen Versorgungs- und Dienstleistungen zu erbringen.

1275 Die Landesregierung versucht, das Problem durch Auflösung der unteren Kategoriestufe der zentralen
1276 Orte zu lösen. Die Grundzentren sind weggefallen, damit sich die Mittelzentren als tragfähige
1277 funktionale Einheiten konsolidieren können. Damit ist jedoch noch kein Problem wirklich gelöst. Die
1278 Maschen im räumlichen Netz der Daseinsvorsorge werden größer, zugleich bleibt die ungleiche und
1279 dezentrale Verteilung von Kapazitäten mit zentralörtlicher Dimension und Qualität bestehen. Das Land
1280 zieht sich aus weiten Teilen seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück. So geht es nicht.
1281 Wir treten dafür ein, dass die bisherigen Grundzentren für eine Übergangszeit eine verstärkte
1282 Förderung erhalten, damit sie ihre sozialen und Umland-Funktionen wahrnehmen können.

1283 Nötig aber ist ein Systemwechsel.

1284 Aus unserer Sicht basiert ein solcher Systemwechsel auf drei Komponenten:

1285 Zum ersten braucht das Land eine ausgewogene Verteilung von starken Oberzentren, die jeweils das
1286 gesamte Spektrum der Daseinsvorsorge auf sich vereinen und für alle Nutzer im Einzugsbereich mit
1287 dem ÖPNV gut erreichbar sind. Gegebenenfalls ist auch hier eine weitere Konzentration auf die
1288 zentralen Ort der einzelnen Regionen sinnvoll.

1289 Zum zweiten kann auf den bestehenden Einrichtungen von zentralörtlicher Dimension in den Grund-
1290 und Mittelzentren aufgebaut werden, über deren Entwicklung als zukunftsfähige Träger der
1291 Daseinsvorsorge unabhängig vom Status des Ortes strikt nach den Kriterien der Qualität, Kapazität
1292 und Erreichbarkeit zu entscheiden ist.

1293 Zum dritten muss die interkommunale Zusammenarbeit vorangetrieben werden.

1294

1295 **Interkommunale Zusammenarbeit**

1296 In Brandenburg gibt es große Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen – und Gemeinsamkeiten
1297 über Kreisgrenzen hinweg.

1298 Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Ziel ist eine Zusammenarbeit,
1299 bei der Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage gemeinsame Projekte realisieren. Dies
1300 kann nicht nur Wasser und Abwasser sein, sondern auch der gemeinsame Betrieb einer Schule oder
1301 Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, die die
1302 Kraft und Kompetenz einzelner Partner übersteigt. Das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit
1303 ist entsprechend anzupassen, die Landkreise müssen dafür Verantwortung übernehmen können.
1304 Projekte interkommunaler Zusammenarbeit hat das Land stärker durch spezielle Förderprogramme
1305 und durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Im Rahmen der Experimentierklausel
1306 wollen wir entsprechende Spielräume schaffen.

1307 Um die Potenziale der Regionen zu entwickeln und zu nutzen, halten wir außerdem eine engere
1308 Koordinierung und Vernetzung der Handlungsstrategien von Wirtschaftsförderung, Landesplanung und
1309 gegebenenfalls der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die Gestaltung von Regionen für
1310 erforderlich. Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen politisch und wirtschaftlich gestärkt und
1311 durch klare Bestimmung ihrer Aufgaben und bewusste Nutzung ihrer Erfahrungen stabilisiert werden.
1312 Entscheidungen zur Landesentwicklung gehören unter Parlamentsvorbehalt.

1313

1314 **Auskömmliche Kommunalfinanzierung**

1315 Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen, wenn die
1316 finanziellen Grundlagen stimmen. Derzeit aber gehen die Verhältnisse immer weiter auseinander;
1317 Schwächen werden nicht mehr ausgeglichen, sondern verschärfen sich. So geht es nicht weiter. Eine
1318 nachhaltige auskömmliche Kommunalfinanzierung ist mit den gegenwärtigen Regelungen im
1319 Finanzausgleichsgesetz nicht gewährleistet. Deswegen muss der kommunale Finanzausgleich
1320 verändert werden. Unser Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes

1321 über die Verbundquote von 20 auf 22,5 Prozent erhöht, der Vorwegabzug von 50 Millionen Euro
1322 abgeschafft und Ausgleichsmechanismen zu Gunsten der finanzschwachen Gemeinden insbesondere
1323 in den ländlichen Gebieten z.B. durch einen demografischen Faktor, ausgestaltet werden. Damit es zu
1324 einer vernünftigen Neuregelung kommt, müssen die Kommunen selbst und auch der Landtag eine
1325 größere Rolle spielen. Deswegen wollen wir den im derzeitigen Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen
1326 Beirat zu einer Gemeindefinanzkommission aufwerten. Zugleich muss sich das Land auf Bundesebene
1327 konsequent für eine Gemeindefinanzreform einsetzen, durch die der Anteil der Kommunen am
1328 öffentlichen Finanzaufkommen erhöht wird.
1329

1330 **Wohnen ist Menschenrecht**

1331 Zur Verwirklichung dieser Zielstellung sind vielfältige Bedingungen zu erfüllen. Die dynamischen und
1332 strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen erfordern ein komplexes und den sich vollziehenden
1333 Prozessen entsprechendes Handeln. Das Wohnen wird durch die unterschiedlichsten sozialen,
1334 ökonomischen und demografischen Prozesse beeinflusst. Die demografische Entwicklung zwingt zu
1335 notwendigen Korrekturen am Wohnungsmarkt. Deshalb muss der Stadtumbau weitergehen! Aber mit
1336 veränderten Prioritäten - Weg vom Abriss hin zur Aufwertung unserer Städte. Wichtig ist hierbei für
1337 uns, dass die Bürgerbeteiligung an diesem Prozess befördert wird. Denn: Der Stadtumbau muss Sache
1338 derer sein, die in den Städten wohnen und leben!

1339 In den vergangenen Jahren stiegen die Wohnkosten auch in Brandenburg enorm. In Brandenburg
1340 müssen mittlerweile im Durchschnitt mehr als 30% des Einkommens für die Wohnkosten aufgewendet
1341 werden - mit steigender Tendenz. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Erforderlich sind
1342 u. a. eine Änderung der Mietgesetzgebung, die Reduzierung der kommunalen Gebühren, vor allem
1343 aber Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen.

1344 Die Wohnungsversorgungssituation im Land ist differenziert zu betrachten. In Brandenburg stehen
1345 sich Regionen mit Wohnungsmangel und Regionen mit großem Wohnungsüberangebot gegenüber.
1346 Dennoch bleibt die Forderung, dass die Wohnraumstruktur dem veränderten Bedarf angepasst
1347 werden muss! Auch hier erfordert der demografische Wandel sich diesen neuen Bedingungen zu
1348 stellen: Wir brauchen Wohnungen für alle Generationen, mit Schwerpunkt auf altersgerechtem
1349 Wohnen und Singlewohnungen.

1350 Eine Grundforderung unsererseits ist die generelle Streichung der Altschulden der
1351 Wohnungsunternehmen. Die Unternehmen zahlen heute ca. 1 € je qm Wohnfläche aus den
1352 Nettomieteinnahmen für die Bedienung der Altschulden. Erst nach Streichung der so genannten
1353 Altschulden werden die Wohnungsunternehmen wieder zusätzliche Spielräume für Investitionen und
1354 freiwillige soziale Projekte haben. Auch angesichts der aktuellen Finanzkrise wäre das ein
1355 bedeutender Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft.

1356 Wir brauchen in Brandenburg ein soziales Marktsegment an Wohnungen.
1357

1358 **Umweltgerechte Mobilität für alle sichern!**

1359 Im Flächenland Brandenburg hat die Sicherung von Mobilität für alle Menschen größte Bedeutung.
1360 Denn sie ist wesentliche Grundlage für Lebensqualität und persönliche Freiheit, ist ein Schlüssel zur
1361 Sicherung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe, ermöglicht die volle Teilnahme am
1362 Arbeitsleben, an Bildung und Kultur, am Gesundheitswesen, an demokratischen
1363 Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

1364 Viele Autobahnen und Schienenwege sind in den vergangenen Jahren ausgebaut und modernisiert
1365 worden. Doch trotz einer leistungsfähigeren Infrastruktur blieb die Verkehrspolitik der Koalition auch
1366 unsozial und unökologisch. Unwirtschaftliche Verkehrsprojekte wie der Havelausbau wurden
1367 vorangetrieben und überdimensionierte Ortsumgehungen gebaut. Die Bedingungen für den
1368 öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurden weiter verschlechtert, der Straßenverkehr wuchs
1369 übermäßig - und mit ihm wuchsen die Umweltbelastungen. Liniennetze des ÖPNV wurden ausgedünnt

1370 und ganze Regionen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar. Die Fahrpreise im Bereich
1371 des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) stiegen an und für die Schülerbeförderung wurden
1372 Kostenbeteiligungen für die Eltern eingeführt. Das Unfallrisiko auf Brandenburgs Straßen bleibt
1373 unverträglich hoch. Die Landesregierung hat den wachsenden Verkehr nur verwaltet, nicht aber
1374 zukunftsfähig gestaltet.

1375 Wir stellen dieser Politik ein Konzept von Mobilität entgegen, das sozialen und ökologischen
1376 Anforderungen gerecht wird. Wir treten für einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik ein, der auf
1377 Verkehrsvermeidung, Verkehrsreduzierung und Verkehrsverlagerung ausgerichtet ist. Ein
1378 umweltgerechtes Verkehrssystem als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge verlangt ein
1379 engmaschiges und flexibles öffentliches Verkehrsnetz, das nicht nur den spezifischen Anforderungen
1380 von Berufspendlern und des Schülerverkehrs gerecht wird, sondern auch Mobilität für Weiterbildung,
1381 Sport, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Naherholung garantiert sowie Kommunikation und Teilnahme an
1382 demokratischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Wir verstehen dieses Netz als Umweltverbund
1383 von ÖPNV mit dem Regionalverkehr auf der Schiene (SPNV) sowie Fahrrad- und Fußgängerverkehr,
1384 das eine attraktive Umstiegsvariante für Autofahrer und zugleich ein Angebot für naturverträglichen
1385 Tourismus (Rad-, Wasser- und Kulturtourismus) bietet.

1386 Die politische Herausforderung ist angesichts vorhandener Versorgungslücken und Defizite im
1387 öffentlichen Verkehrsnetz groß. Finanziell können wir dies durch Optimierung aller
1388 Finanzierungsströme von EU und Bund sowie durch den zielgerichteten und effektiven Einsatz von
1389 Landesmitteln schultern.

1390

1391 **Verkehrspolitische Kurswechsel**

1392 Ein verkehrspolitische Kurswechsel erfordert energische Schritte zur Stärkung des Bahnverkehrs
1393 durch Infrastrukturverbesserungen im Schienennetz sowie die attraktive Gestaltung der Bahnhöfe in
1394 der Fläche.

1395 Qualitätsverbesserungen im ÖPNV und im schienengebundenen Regionalverkehr durch
1396 flächendeckende Taktzeitangebote, bessere Vernetzung von Linien/Strecken und Verknüpfungen der
1397 verschiedenen Verkehrsträger sowie Einsatz von flexiblen bedarfsorientierten Verkehrsmitteln (z. B.
1398 Rufbus) insbesondere im ländlichen Raum sind dringend geboten.

1399 Ein barrierefreier Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ist zu gewährleisten. Wir wollen auch die
1400 sozialen Mobilitätsbarrieren durch ein sozial gerechtes Tarifsystem abbauen und vorhandene
1401 Fahrpreisregelungen wie Sozialticket (Mobilitätsticket), Semesterticket, Schülerfreizeiticket,
1402 Ferienticket, Senienticket erhalten, qualifizieren und weiteren Nutzergruppen zugänglich machen.

1403 Beim Straßenbau wollen wir uns gemäß Landesstraßenbedarfsplan auf Instandsetzung und
1404 Instandhaltung des Straßennetzes und auf Sanierung kommunaler Straßen konzentrieren. Den
1405 wachsenden Belastungen durch den Lkw-Verkehr auf der Straße muss durch eine konsequente
1406 Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße und durch Optimierung des
1407 kombinierten Verkehrs (Straße, Schiene, Wasser) in den Güterverkehrszentren (GVZ) begegnet
1408 werden.

1409 Wir setzen auf eine Verbesserung des Fahrradverkehrs durch beschleunigten Radwegbau und durch
1410 Erstellung einer Radwegkonzeption, die länderübergreifend die vorhandenen Radwege vernetzt und
1411 auf die Anforderungen verschiedener Nutzergruppen (Berufspendler, Schüler, Touristen, Gewerbe)
1412 zugeschnitten ist.

1413 Auch für Wasserstraßen steht die vorrangige Nutzung der ausreichend vorhandenen Kapazitäten im
1414 Vordergrund. Wir setzen auf eine behutsame Sanierung und Modernisierung von Wasserläufen und
1415 Hafenanlagen.

1416

1417 **Weniger Belastungen durch Verkehr – mehr Sicherheit auf den Straßen**

1418 Verkehrsbedingte Belastungen wie Lärm, Luftschadstoffe (Feinstaub) und CO₂ beeinträchtigen die
1419 Gesundheit und schränken die Lebensqualität vieler Menschen ein. Maßnahmen zur Vermeidung bzw.
1420 Verminderung von Lärm und Schadstoffen müssen primär an der Quelle erfolgen und vorrangig durch
1421 Verkehrsvermeidung, -reduzierung und -verlagerung getrieben sein. Belastungsminderungen wie etwa
1422 bei Lärm erfordern, die Verkehrswege (Straße, Schiene) auf belastungsarme Betriebsweisen
1423 auszuliegen und von vornherein Tempolimits als aktive Präventionsmaßnahme vorzusehen.

1424 Den Belastungen durch Fluglärm ist durch einen großräumigen passiven und aktiven Anwohnerschutz
1425 unter Einhaltung von Nachtflugverboten zu begegnen. Das trifft sowohl für den Flughafen BBI in
1426 Schönefeld mit allein ca. 120.000 davon Betroffenen wie für weitere Verkehrslandeplätze in
1427 Brandenburg zu. Eine attraktive Bahnanbindung an den BBI-Flughafenbahnhof ist schnellstmöglich zu
1428 realisieren, damit ca. 50 Prozent der Fluggäste mit der Bahn an- und abreisen können. Durch
1429 attraktive Fernbahnverbindungen sind Kurzstreckenflugverkehre bis 600km schrittweise abzulösen.

1430 Die Unfallzahlen im Land Brandenburg müssen drastisch gesenkt werden. Dazu bedarf es eines
1431 umfassenden Verkehrssicherheitskonzeptes, das öffentliche und gesellschaftliche Akzeptanz für das
1432 Thema Verkehrssicherheit schafft und abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Verkehr,
1433 Soziales, Umwelt sowie der Polizei zur Senkung des Unfallrisikos umsetzt. Wir setzen auf einen
1434 gleichberechtigten Umgang aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Straßenraum, auf Prävention
1435 statt Repression. Für die Autobahnen streben wir ein generelles Tempolimit von 130 km/h an; für alle
1436 Teilnehmer am Straßenverkehr soll Alkohol tabu sein.

1437

1438 **Gesundheitsversorgung**

1439 Damit Menschen sich in ihrer Region gut aufgehoben wissen, brauchen sie Sicherheit für ihre
1440 gesundheitliche Versorgung. Auch hier ist noch immer viel zu tun. Seit Jahren wird im Land über
1441 Ärztemangel geredet. Die Bürger beklagen immer längere Wege und Wartezeiten; es hat sich kaum
1442 etwas positiv verändert

1443 Um die Gesundheitsversorgung in allen Regionen zu gewährleisten, muss die Kooperation von
1444 öffentlichen, ambulanten und stationären Leistungen neu gestaltet werden. Das Land hat durch
1445 insgesamt attraktive Lebensbedingungen wie auch durch gezielte Förderung dazu beizutragen, dass
1446 sich wieder mehr Ärzte vor allem für die ländlichen Räume ansiedeln. Wir sind für die Einbindung der
1447 „Gemeindeschwester“ in die gesundheitliche Versorgung. Sie ist zuverlässige Partnerin der
1448 Bürgerinnen und Bürger wie auch der praktizierenden Ärzte vor Ort, aber sie kann kein Ärztersatz
1449 sein.

1450 Große Bedeutung haben in unserem Konzept Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention. Wir
1451 wollen sie zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens entwickeln und den Öffentlichen
1452 Gesundheitsdienst, vor allem bei seiner Aufgabe zum Ausgleich sozialer Unterschiede stärken.

1453 Gesundheit darf keine Ware sein. Wir verweigern eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern und
1454 setzen uns für eine Re-Kommunalisierung ein.

1455

1456 **Brandenburgs Jugend**

1457 Brandenburgs Zukunft erweist sich darin, welche Perspektive es den heute Jungen geben kann und
1458 will. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, die Stärkung der Regionen und die
1459 stabile Verankerung in den guten Traditionen unseres Landes sind die Voraussetzung dafür. Aber auch
1460 eine Jugendpolitik im engeren Sinne, die junge Leute animiert, in Brandenburg ihre Zukunft zu
1461 gestalten. Also: eine deutlich bessere Jugendarbeit als bisher.

1462 Der Landesjugendplan muss ausfinanziert werden, damit Angebote der Jugendarbeit überall im Land
1463 Brandenburg qualitativ ansprechend und quantitativ befriedigend unterbreitet werden können.

- 1464 Jugend- und Jugendsozialarbeiter müssen tätig werden können, wie es der Bedarf verlangt. Wir gehen
1465 davon aus, dass jede Schule eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter bekommt.
- 1466 Viele Jugendliche möchten sich in den Freiwilligen Ökologischen bzw. Sozialen Jahren engagieren – es
1467 gehört sich einfach, dass dann auch entsprechend viele Plätze angeboten werden.
- 1468 Der Jugendarbeitsschutz muss erhalten bleiben.
- 1469 Weit stärkere Anstrengungen sind zu unternehmen, um die soziokulturelle Jugendarbeit zu
1470 unterstützen. Das ist für das Flächenland Brandenburg eine schwierige, aber notwendige Aufgabe.
- 1471

1472 **Sport**

- 1473 Gute Freizeitmöglichkeiten und Sport gehören eng zusammen. Mit der durch den Landeshaushalt
1474 festgelegten institutionellen Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, ist ein erster Schritt für eine
1475 stabile und nachhaltige Förderung des Sportes getan. Das muss ausgebaut werden. So soll der
1476 Zugang zu Sportangeboten für Kinder und Jugendliche gebührenfrei sein, da gerade im ländlichen
1477 Raum der Sportverein häufig die einzige Möglichkeit der begleiteten Freizeitgestaltung bietet.
1478 Deswegen wollen wir das Sportfördergesetz in diesem Sinne präzisieren. Sportförderung umfasst den
1479 Breiten- und Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport, Sportwissenschaften und Sportmedizin
1480 sowie die qualifizierte Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und die ständige Qualifizierung
1481 auch im Behinderten- und Rehabilitationssport.
- 1482 Wir sehen in einer Erhöhung der Landesmittel für Sportstätten einen zwingenden Weg zur
1483 Verbesserung der Sportstättensituation, da sowohl Kommunen als auch Vereine langfristig nicht in der
1484 Lage sind, Sportstätten zu sanieren und zu unterhalten.
- 1485 Sport ist eine Querschnittsaufgabe sowohl in Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik,
1486 Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in Tourismus, Wirtschafts- und Umweltpolitik.
- 1487

1488 **Mehr Mitsprache durch die Bürgerinnen und Bürger**

- 1489 Brandenburgs Wiedergeburt vor 20 Jahren war Ergebnis eines demokratischen Aufbruchs in der
1490 späten DDR. An seiner Wiege stand die Erfahrung: Demokratie lebt „von unten“, von den Bürgerinnen
1491 und Bürgern her. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die Menschen zur Mitbestimmung einladen
1492 und die Chancengleichheit wahren. Es braucht Gestaltungsspielräume und Gestaltungspotenziale -
1493 und auch ein solides materielles Fundament und frei verfügbare Zeit.
- 1494 Direktdemokratische Verfahren, die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, unmittelbar und
1495 maßgeblich an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sollten nicht folkloristisches
1496 Feigenblatt, sondern zentraler Bestandteil jeder Demokratie sein, die sich der eigentlichen Bedeutung
1497 des Wortes verpflichtet fühlt. Sinkende Wahlbeteiligung und die schwindende Akzeptanz der
1498 parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik haben ihren Ursprung auch in den mangelnden
1499 Möglichkeiten zur direkten Teilhabe am politischen Prozess.
- 1500 Elemente direkter Bürgerbeteiligung können diesem Trend allgemeiner Politikverdrossenheit entgegen
1501 wirken. Gleichzeitig dienen Volksabstimmungen der Kontrolle parlamentarischer Politik. Durch die
1502 direkte legislative Funktion von Volksentscheiden können Gesetze erlassen werden, welche den
1503 Mehrheitswillen der Bevölkerung unmittelbar widerspiegeln.
- 1504 Aus diesen Gründen fordern wir die Anpassung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative,
1505 Volksbegehren und Volksentscheid. Wir fordern, dass in Brandenburg – genauso wie zum Beispiel in
1506 Berlin, Niedersachsen oder Sachsen – die Unterschriften für ein Volksbegehren auf der Straße
1507 gesammelt werden können. Das Leisten der Unterschrift in einem Amt ist angesichts der Flächen- und
1508 Ämterstruktur in Brandenburg und ohne hinreichenden Nahverkehr eine enorm hohe Hürde für die
1509 BürgerInnenbeteiligung.
- 1510 Junge Menschen können und sollen früher mitentscheiden: indem sie schon ab 16 an Wahlen
1511 teilnehmen, indem Jugendparlamente eingerichtet und mit praktischem Einfluss ausgestattet werden.

1512 Wir unterstützen und fördern die Einführung von Bürgerhaushalten. Auf dem Weg zur Bürgerkommune
1513 können Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mehr und mehr in die eigenen Hände nehmen.
1514 Bürgerschaftliches Engagement in Beiräten und Bürgerinitiativen muss stärker anerkannt und
1515 gefördert werden.

1516 Wir fordern zudem eine grundlegende Reform der gesamten parlamentarischen Arbeit. Für uns
1517 gehören dazu vor allem mehr Öffentlichkeit in der Parlamentsarbeit, die Erweiterung der Informations-
1518 und Kontrollrechte des Landtages gegenüber der Regierung, die Stärkung der Rolle der Opposition
1519 und eine Neuordnung der Abgeordnetengesetzgebung zur Abschaffung unzeitgemäßer Privilegien.

1520

1521 **Stärkung der Bürgerrechte**

1522 Demokratie setzt Rechtstaatlichkeit voraus. Wir erleben aber gegenwärtig, wie in einem Klima von
1523 Bedrohungsängsten Überwachungsmöglichkeiten des Staates ausgebaut und zugleich die Eingriffe in
1524 die Grundrechte ausgeweitet werden. Politische Praxis und aktuelle Rechtsprechung höhlen das
1525 Grundgesetz in Kernbereichen aus, sei es der Schutz der Privatsphäre, die Unantastbarkeit der
1526 Wohnung, das Briefgeheimnis und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Unsere
1527 Gesellschaft braucht aber einen starken Rechtsstaat, dessen Handeln sich konsequent an den Werten
1528 und Normen des Grundgesetzes ausrichtet, indem er sowohl der Verwirklichung der Freiheitsrechte
1529 als auch der sozialen Gerechtigkeit dient.

1530 Die jüngsten Überwachungsskandale bei Telekom und Deutscher Bahn haben uns mit aller
1531 Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die Grundrechte der Bürger hierzulande durchlöchert werden. Die
1532 technischen Möglichkeiten sind grenzenlos, wenn es darum geht, persönliche Daten über den
1533 Einzelnen zu sammeln – sei es durch den Staat oder durch private Unternehmen. Die Methoden sind
1534 gleich. Die Motive sind verschieden: unter der Flagge der Terrorbekämpfung für die Sicherheit, zur
1535 vermeintlichen Bekämpfung von Korruption, bei der Überwachung von Sozialhilfeempfängern oder
1536 einfach um zu wissen, wie und was wir konsumieren. Bürgerliche Freiheitsrechte, und dazu gehört das
1537 Recht auf Privatsphäre, sind Kernbestand unseres Grundgesetzes. Diese Rechte aufzuweichen oder
1538 gar einzuschränken, mit welchem Motiv auch immer, gefährdet unsere Demokratie. Bürgerrechte
1539 bedeuten keine Gefahr für die Sicherheit unseres Gemeinwesens, sie sind das Fundament unseres
1540 politischen Systems. Das sagen wir im vollen Bewusstsein unserer zum Teil bitteren historischen
1541 Erfahrungen. Es gibt für uns heute keine Gegenüberstellung von sozialen und politischen Rechten.
1542 Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Einzelnen gehen Hand in Hand. Sicherlich gibt es
1543 Möglichkeiten des Schutzes und der Verhinderung von Datenmissbrauch, wie das Brandenburgische
1544 Datenschutzgesetz und das Gesetz zur Akteneinsicht und zum Informationszugang. Aber wer kennt
1545 seine Rechte, wenn es um Akteneinsicht geht oder Behörden die Informationen unrechtmäßig
1546 verweigern?

1547 Wir wollen die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht in
1548 Brandenburg deutlich stärken. Dazu gehört die Zusammenlegung der
1549 verschiedenen Behörden, die sich mit dem Datenschutz im Land
1551 beschäftigen die Erweiterung der Rechte, die personelle Aufstockung
1553 dieser Einrichtung, die Erhöhung der Transparenz und die
1555 bürgerfreundliche Ausgestaltung dieser Einrichtungen. Dazu bedarf es
1557 keiner umfangreichen Finanzen; politischer Wille ist gefragt, um den
1559 Bürgerrechten auch institutionell den Rücken zu stärken.

**Schlüsselvorbaben 12:
Mehr Rechte für den
Datenschutz – und eine
starke Behörde dafür**

1562 Zugleich werden wir uns stärker um den Datenschutz für Arbeitnehmer in Unternehmen kümmern, wo
1563 Überwachung und Datenmissbrauch deutlich zunehmen. Brandenburg soll sich daher auf
1564 Bundesebene für eine Gesetzesinitiative zum Datenschutz der Arbeitnehmer einsetzen.

1565

1566 **Öffentliche Sicherheit**

1567 Öffentliche Sicherheit entsteht nicht durch aktionistische Ausweitung polizeilicher Eingriffsbefugnisse
1568 und schon gar nicht durch radikalen Personalabbau sowie Schließung von Polizeiwachen. Um die
1569 öffentliche Sicherheit zu stärken, schlagen wir einen anderen Weg als den des bisherigen
1570 Innenministers Schönbohm vor. In einem ersten Schritt soll das unter seiner Federführung zustande
1571 gekommene Polizeigesetz von unabhängiger Seite überprüft werden. Wir wollen eine stärkere
1572 Zusammenarbeit mit Berlin und eine zügige Angleichung des Polizeirechts beider Länder. Das schließt
1573 die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte im Einsatz ein, die gegenwärtig in Berlin umgesetzt wird.

1574 Wir setzen auf Kriminalprävention durch Sicherung des Sozialstaates. Wir setzen auf einen wirksamen
1575 Ausbau der kommunalen Kriminalitätsverhütung. Wir fordern einen Ausbau des Netzes der
1576 Revierpolizisten und die Präsenz einer bürgernahen Polizei. Große Bedeutung messen wir einer
1577 qualifizierten Aus- und Fortbildung der Polizei bei. Wir setzen uns ein für eine schnelle Verfolgung von
1578 Straftaten und einen Strafvollzug, der zu einem straffreien Leben erzieht. Wir ergreifen die Initiative für
1579 ein brandenburgisches Resozialisierungsgesetz. Besonderen Stellenwert hat für uns die übergreifende
1580 und ursachenbezogene Bearbeitung der Jugendkriminalität.

1581 Die zeitnahe Umsetzung des geltenden Rechts muss für alle gesichert sein. Dazu gehören für uns
1582 auch Gerichte in allen Landesteilen, die materiell und personell ausreichend ausgestattet sind.

1583 Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch ein effektiver landesweiter flächendeckender Brand- und
1584 Katastrophenschutz. Dabei haben aus unserer Sicht die Freiwilligen Feuerwehren einen hohen
1585 Stellenwert. Dazu ist das Konzept der Stützpunkfeuerwehren weiterzuentwickeln und gesetzlich zu
1586 regeln.

1587

1588 **Toleranz leben, Rechtsextremismus bekämpfen.**

1589 Die Mark Brandenburg hat in ihrer langen, widersprüchlichen Geschichte immer dann gute, stabile und
1590 schöpferische Zeiten gehabt, wenn sie auf Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration setzte.
1591 Das ist auch unsere Linie.

1592 Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen,
1593 sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Ziel ist noch nicht
1594 überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe
1595 auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein
1596 und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die
1597 Politik eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung und Stärkung des
1598 Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ein. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Mit
1599 Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue, rechtliche oder bürokratische
1600 Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich,
1601 wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären
1602 über Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein. Entscheidend ist letztlich, die
1603 sozialen Ursachen für rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die junge
1604 Generation braucht Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit Offenheit und
1605 Selbstbewusstsein durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten
1606 Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden
1607 können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter
1608 gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen.

1609

1610 **Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

1611 Der Ansatz von Toleranz und Solidarität, Offenheit und Integration taugt nicht als Lippenbekenntnis,
1612 sondern nur als Grundsatz politischen Handelns. So setzen wir uns in Brandenburg für entsprechende
1613 Lebensbedingungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Migrantinnen und Migranten
1614 sollen die gleichen Rechte haben wie alle anderen Brandenburgerinnen und Brandenburger. Die

1615 Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gehört abgeschafft. Die Bewegungsfreiheit
1616 eines jeden Menschen muss gewährleistet sein. Das Sachleistungsprinzip, wonach Asylbewerberinnen
1617 und Asylbewerber nur mit Gutscheinen einkaufen dürfen, muss landesweit durch Geldleistungen
1618 ersetzt werden. Menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung betrachten wir als
1619 Selbstverständlichkeit. Statt in abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften sollten Asylbewerberinnen
1620 und Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden, die für eine Integration in die Gesellschaft
1621 förderlich sind. Nicht zuletzt setzen wir uns für einen sofortigen Abschiebestopp und die Abschaffung
1622 von Dauerduldung ein, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst leben
1623 müssen, aus ihrer derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.
1624

1625 **Die Rechte des sorbischen Volkes achten und stärken**

1626 Wir bekennen uns zum Verfassungsauftrag, das Recht des sorbischen Volkes auf Schutz, Erhaltung
1627 und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes durch das Land,
1628 die Gemeinden und Gemeindeverbände zu gewährleisten. Auf diese staatliche bzw. kommunale
1629 Unterstützung haben die Sorben (Wenden) einen Anspruch. Es muss Schluss damit sein, dass ihre
1630 Vertreter diesen Anspruch immer wieder aus einer Bittstellerrolle heraus einfordern müssen. Wir
1631 werden uns deshalb für ein novelliertes Sorben(Wenden)-Gesetz einsetzen, das die Kultur- und
1632 Bildungsautonomie des sorbischen Volkes stärkt. Die Rechte der demokratisch legitimierten Gremien
1633 des sorbischen Volkes gegenüber sorbischen Bildungseinrichtungen müssen erweitert werden. Das
1634 Rederecht des Sorben(Wenden)-Rates im Landtag gehört ebenso in das Gesetz wie verbrieft
1635 Anhörungsrechte für den Fall, dass die Landesregierung durch Gesetze, Rechtsverordnung oder
1636 vertragliche Vereinbarungen Fragen regeln will, die das sorbische (wendische) Volk unmittelbar
1637 berühren. Personalentscheidungen an sorbischen (wendischen) Einrichtungen sollten künftig nicht
1638 mehr ohne Anhörung der gewählten Gremien der Minderheit getroffen werden. Die unwürdigen
1639 öffentlichen Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Stiftung für das sorbische
1640 Volk der vergangenen Jahre müssen der Vergangenheit angehören – die Bundesrepublik sowie die
1641 Länder Brandenburg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen Unrechts, das Sorben
1642 (Wenden) über Jahrhunderte in Deutschland erleiden mussten, und wegen der Vernichtung eines
1643 erheblichen Teils des angestammten Siedlungsgebietes, in einer besonderen Verantwortung.
1644

1645 **Brandenburg-Berlin – ein Region mitten in Europa, ein Teil der Einen Welt**

1646 Wir bleiben dabei: Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region um Berlin. Seine Beziehungen zur
1647 Bundeshauptstadt sind nicht nur in der Form einer Länderfusion denkbar. Wir wollen eine intensive
1648 Zusammenarbeit mit Berlin zum gegenseitigen Nutzen. Was liegt näher, als sich gemeinsam den
1649 wirklich existentiellen Herausforderungen zu stellen, die sich für die gesamte Region aus dem
1650 Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb ergeben. Auf der
1651 Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungslandschaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept
1652 für Wasserversorgung und Klimaschutz, ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der
1653 Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte Kooperation mit benachbarten polnischen
1654 Woiwodschaften. Ein weiteres Potenzial liegt in der Verknüpfung der Förderung von
1655 Zukunftsbranchen. Für die Gestaltung der Zusammenarbeit wollen wir die Erfahrungen aus knapp 20
1656 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz sorgfältig berücksichtigen.

1657 Brandenburg ist nicht nur „im Zentrum des vereinten Europas gelegen“, wie wir es häufig in offiziellen
1658 Regierungsdokumenten lesen. Die Europäische Union beeinflusst das Leben der Bürgerinnen und
1659 Bürger in unserem Lande täglich und unmittelbar. Und die Brandenburger Landespolitik hat die
1660 Kompetenz, europäische Entscheidungen mit zu beeinflussen: über den Bundesrat oder auch vor Ort
1661 in Brüssel.

1662 Die Europäische Union darf nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit sein, sondern sie muss auch
1663 eine soziale werden. Deswegen setzen wir uns für eine soziale Fortschrittsklausel in den Europäischen
1664 Verträgen ein. Wir wollen aber auch im Land mehr tun. Denn Brandenburg kann mehr dazu beitragen,

1665 jene Lücke zu schließen, die heute zwischen „Brüssel“ und den sozialen Problemen der Europäer
1666 klafft. Wenn Europapolitik mittlerweile Innenpolitik ist, dann muss Brandenburg europäischer werden.
1667 Das gilt nicht nur für die Menschen, das gilt zuerst für die Politik, wo eher Provinzialität und Scheu
1668 herrschen, wenn es um europäische Fragen geht. Es mangelt dem Landtag an Mitsprache in diesen
1669 Fragen und es mangelt der Regierung an Initiativen, die die europäischen Möglichkeiten gezielt für die
1670 Entwicklung unseres Landes nutzen. Dabei geht es nicht nur und auch nicht zuallererst um
1671 Förderfonds. Es geht um konkretes Handeln, dass über vorhandene Programme und laufende
1672 Aktivitäten hinaus neue politische Akzente setzt.

1673 Die Erarbeitung einer Europäischen Verfassung, an deren Entstehung auch die Brandenburgerinnen
1674 und Brandenburger aktiv mitwirken und über die sie dann in einem Referendum abstimmen können,
1675 steht für uns weiter auf der europäischen Agenda.

1676 Wir meinen: Brandenburg braucht eine europapolitische Offensive. Landtag und Landesregierung
1677 sollten in enger Abstimmung mit unseren Nachbarn in Polen ein „Europapolitisches Programm für ein
1678 zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ erarbeiten, um die Chancen unserer an Oder und
1679 Neiße gelegenen deutsch-polnischen Region in Europa besser zu nutzen.

1680

1681 **Für eine lebendige Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße**

1682 Nach der EU-Osterweiterung liegt Brandenburg nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern ist Teil
1683 einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze. Dieser Raum
1684 wird von den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Pozna und Wrocław getragen; zugleich ist er
1685 wesentlich für die Entwicklung der ausgedehnten ländlichen Räume.

1686 Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt noch viel zu tun: eine
1687 Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes
1688 Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und
1689 Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden
1690 Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen Grenzstädten oder die
1691 gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines
1692 Erlebnisraumes Oder-Neiße. Wir wollen die Anstrengungen für einen abgestimmten Natur- und
1693 Katastrophenschutz intensivieren - so kann der Lebensraum von Hunderttausenden Menschen für
1694 heutige und nachfolgende Generationen bewahrt werden.

1695 Auch der im Bau befindliche Großflughafen in Schönefeld markiert einen Bereich, in dem dringender
1696 Bedarf für Abstimmung und Koordinierung jenseits nationaler Grenzen besteht.

1697 Mit der Oderpartnerschaft sind wir auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen europäischen Region an
1698 Oder und Neiße. Wir unterstützen dieses Projekt nicht nur mit Absichtserklärungen, wie es andere
1700 Parteien tun, sondern sie wird dieser Initiative sowohl Struktur als auch
1702 Beständigkeit geben. Das könnte zu einer regionalen Institution mit
1704 Entscheidungskompetenzen führen, mit denen die verschiedenen Akteure
1706 vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine solche Initiative,
1708 gemeinsam mit Berlin vorangetrieben, würde brandenburgische Politik
1710 nicht nur europäischer machen, sondern der deutsch-polnischen
1712 Zusammenarbeit einen eigenen brandenburgischen Akzent geben.

**Schlüsselvorhaben 13:
Struktur und
Beständigkeit für die
Oderpartnerschaft**

1713 Landtag und Landesregierung müssen sich auf die erhöhten Anforderungen einstellen, die sich aus
1714 der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und Kommunalpolitik in Brandenburg
1715 ergeben. Im Wettbewerb der Regionen sind eine europapolitisch hochqualifizierte Verwaltung und ein
1716 europapolitisch engagierter Landtag wichtige Voraussetzungen.

1717

1718 **Nachhaltige Entwicklung darf nicht an den Grenzen Deutschlands enden**

1719 Brandenburger Landespolitik muss sich wieder stärker in den ärmsten Regionen der Welt engagieren
1720 und so einen eigenständigen Beitrag zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO zur

1721 weltweiten Bekämpfung von Armut leisten. Die Mitverantwortung unseres Landes in einer
1722 globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die
1723 Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie
1724 die Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind wichtige Ansatzpunkte
1725 für eine Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie. Ernsthafte Politik für ein modernes und soziales
1726 Brandenburg in der Einen Welt muss dabei vor allem jene Gruppen und Netzwerke im Lande
1727 angemessen unterstützen und einbeziehen, die sich engagiert und selbstlos hier und in der Einen Welt
1728 für Entwicklung und Umweltschutz einsetzen. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige
1729 Entwicklung müssen in Brandenburger Schulen fest verankert werden.

1730 **5. Große Herausforderungen – schwierige Bedingungen**

1731

1732 Brandenburg wurde von der Krise unter Bedingungen getroffen, die schon vorher kompliziert waren –
1733 komplizierter als in den Jahren zuvor. Das betrifft insbesondere die finanzielle Lage des Landes und
1734 seiner Kommunen. Bisherige Haushaltskonsolidierungen waren vor allem der positiven
1735 konjunkturellen Situation der letzten Jahre sowie der Reduzierung von Personalkosten geschuldet.
1736 Doch trotz der positiven Konjunktorentwicklung der letzten Jahre ist die Verschuldung des Landes auf
1737 mittlerweile über 18 Milliarden Euro gestiegen. Diese Entwicklung ist kaum zu stoppen – jetzt erst
1738 recht nicht. Steigende Zinsausgaben, immens wachsende Pensionslasten, jährlich sinkende
1739 Solidarpaktmittel, die sich ändernde EU-Förderung (insbesondere im Bereich der Agrar-
1740 Strukturförderung) und die noch nicht einmal voll absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise
1741 – das sind die Realitäten der nächsten Jahre. Die finanziellen Spielräume für eine Politik, die nicht nur
1742 ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verwalten will, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem
1743 Gestaltungsanspruch betreiben will, sind vor diesem Hintergrund äußerst eingeschränkt.

1744 SPD, CDU und FDP antworten auf diese Situation mit Konzepten, die alles auf einmal ankündigen und
1745 nichts wirklich sinnvoll werden durchsetzen können: großzügigste Steuersenkungen, gewaltige
1746 kreditfinanzierte Konjunkturprogramme und strengste Haushaltssanierung gleichzeitig – das passt
1747 einfach nicht zusammen. In dieser Situation schon gar nicht. Der größte Fehler ist der Beschluss, jetzt
1748 per Verfassungsänderung ab 2020 ein Verbot der Neuverschuldung einzuführen. Eine solche
1749 „Schuldenbremse“ wird es daher mit der LINKEN nicht geben. Niemand kann heute die
1750 wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen und Notwendigkeiten innerhalb dieses
1751 Zeitraumes genau genug vorhersehen. Nur eines ist klar: Für Brandenburg z. B. bringt dieser
1752 Beschluss schon ab 2011 zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen an Länder
1753 wie das Saarland und Bremen mit sich.

1754 Eines ist absehbar, dass im Zeitraum 2009 bis 2014 die Verschuldung des Landes wieder anwachsen
1755 wird. Genauso klar ist aber auch: Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes darf dadurch nicht
1756 gefährdet werden. Brandenburg darf nicht in den Staatsbankrott geführt werden, sondern muss
1757 Einnahmen und begrenzte neue Kredite so einsetzen, dass damit die Lösung der strukturellen
1758 Probleme in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Beschäftigung und bei den Kommunen angepackt
1759 werden kann.

1760 Unsere Vorschläge in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Konversion sind durch einen neuen
1761 inhaltlichen Ansatz zu finanzieren und haben einen effizienteren Mitteleinsatz zur Folge. Der
1762 Finanzbedarf für einen Einstieg in eine sozial und wirtschaftliche ausgewogenen Entwicklung umfasst
1763 150 Millionen Euro. Vorhaben wie die Agrarwirtschaftsinitiative oder der Umbau der Förderlogik
1764 kosten kein zusätzliches Geld, sondern werden durch Veränderungen bei der Verwendung der dem
1765 Land zufließenden Mittel ermöglicht.

1766 Wir sind der Überzeugung, dass mit den im Wahlprogramm genannten Projekten ein finanziell
1767 verantwortbarer Weg beschritten wird. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Lösung
1768 konjunktureller Probleme, sondern um die Auflösung von seit Jahren zu verzeichnenden
1769 Strukturdefiziten für eine nachhaltige Entwicklung des Landes sowie um die weitere Stabilisierung von
1770 Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg.

1771 Diesen notwendigen politischen Entscheidungen können weitere folgen. Voraussetzung dafür ist eine
1772 Bestandsaufnahme der finanziellen Situation Ende des Jahres, die wesentlich vom weiteren
1773 Krisenverlauf und von den politischen Entscheidungen auf Bundesebene geprägt sein wird.

1774 Wir sprechen deswegen von einer Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß, die wir in Brandenburg
1775 durchsetzen wollen.

1776 Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und
1777 wirtschaftliche Schwerpunkte muss den großen und weiter zunehmenden regionalen
1778 Verschiedenheiten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen werden.
1779 Notwendige Strukturinvestitionen sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen finanziert werden.

- 1780 Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr Beschäftigung sichern künftige
1781 Einnahmen des Gemeinwesens. Existenzsichernde Arbeitsplätze bringen höhere Steuereinnahmen und
1782 senken die Defizite der Sozialkassen.
- 1783 Durch einen Umbau der Förderlogik und -struktur kann Brandenburg auch zukünftig finanzielle
1784 Anreize und Unterstützung bieten. Neben Zuschüssen oder revolvingen Fonds wollen wir die
1785 Bürgerschafts- und Beteiligungsprogramme neu gestalten. Wir werden bei der Ausgestaltung von
1786 Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union die Bedürfnisse der Brandenburger Städte und
1787 Gemeinden besonders berücksichtigen. Damit könnten ca. 100 Mio. Euro an zurückgehenden
1788 Zuweisungen des Bundes und der Europäischen Union inhaltlich kompensiert werden. Die
1789 revolvingen Fonds sollten einen Umfang von 250 Mio. Euro umfassen, um auch in der Perspektive
1790 Investitionsförderung und Regionalentwicklung sicherzustellen.
- 1791 Die rigide Personalplanung der Landesregierung ist eine der Ursachen für die vorhandenen
1792 strukturellen Defizite im Land. Sie muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um
1793 Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können. Personalausgaben sind nicht nur
1794 ein Kostenfaktor, sondern auch eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand.
1795 Insbesondere im Bildungsbereich gibt es keine Alternative zum einem Stellenaufwuchs, um
1796 Zukunftsfähigkeit sicherzustellen.
- 1797 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß – das heißt: in die Zukunft investieren, für die Zukunft
1798 konsolidieren und damit in der Gegenwart bestehen.

1799 ***Es ist an der Zeit***

1800

1801 Wir, DIE LINKE in Brandenburg, treten an

1802 • für Arbeitsplätze, von denen man vernünftig leben kann,

1803 • gegen die Armut im Land und für bessere Lebensbedingungen von Kindern

1804 • für bezahlbare Lebensumstände

1805 • • für eine gute Bildung und Ausbildung hier und heute

1806 • für Kultur für alle

1807 • für ein verlässliches Gemeinwesen

1808 ⇒ für mehr Demokratie und Teilhabe, für Rechtsstaatlichkeit und Toleranz.

1809

1810 Klar ist für uns:

1811 Wir brauchen einen Politikwechsel!

1812 Es ist an der Zeit, auch in Brandenburg vieles neu zu ordnen!

1813

1814 Wir laden Sie ein, sich mit unseren Projekten vertraut zu machen, gemeinsam mit uns zu streiten,

1815 Lösungen zu suchen und zu finden – für ein zukunftsfähiges Brandenburg.

1816

1817 Wir bitten um ihr Vertrauen, weil wir Brandenburg durch die Krise und aus der Krise führen wollen.